



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratsgebühren für den Raum einer halbspaltigen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 118. Mittags-Ausgabe.

Zweihundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 11. März 1881.

Zur Verstaatlichung der Armenpflege.

Der vom Fürsten Bismarck jüngst hingeworfene Gedanke der Verstaatlichung der Armenpflege kann nicht den Anspruch auf Neuheit machen. Napoleon I. befahl im November 1807 dem Minister Cretel, bis zur Wiederkehr der schönen Jahreszeit Frankreich von allen Bettlern zu befreien und „der Welt das Schauspiel eines großen Landes ohne Bettler zu zeigen“, und auch Vatern folgte wenige Monate später dem Vorgehen des machbereuhten Protector des Rheinbundes, nahm die Armenpflege den Gemeinden ab und machte sie zur Angelegenheit des Staates. Aber weder dort noch hier hatte die Sache Bestand. Selbst das preussische Landrecht spricht den Gedanken der Staatsarmenpflege in ziemlich nackten Worten aus, in der Praxis ist derselbe aber in Preußen nicht zur Durchführung gekommen. Er entspricht einem übermäßigen Vertrauen auf die Macht und die Mittel des Staates; die Entwicklung des Armenpflegewesens in allen Staaten lehrt es, daß der Staat zwar die Gesetzgebung und die Oberaufsicht über dies Gebiet nicht aufgeben darf, daß die eigentliche Verwaltung desselben aber besser in den Händen der Commune oder kleinerer Bezirke ruht. Das tritt recht klar in dem neuesten Hefte der in Berlin bei Leonhard Simon erscheinenden „Volkswirtschaftlichen Zeitfragen“ hervor, welches unter dem Titel „Staatsarmenpflege“ dieser Tage erscheinen wird und Herrn A. Lammers in Bremen zum Verfasser hat. Dasselbe enthält, trotz seines nicht bedeutenden Umfangs, eine Fülle von historischem und thatsächlichem Material zur Beurteilung dieser Frage, welche in nächster Zeit wohl noch vielfach die öffentliche Discussion beschäftigen wird. Die Broschüre weist nach, daß man mit der Erleichterung der Gemeinden von der Armenlast den stärksten Sporn für die Entwicklung in der Armenpflege, den schroffen Bogen gegen eine verschwenderische Almsenwirtschaft, welche gleichzeitig die Demoralisation nicht bloß der hilfbedürftigen Armen, sondern der von der Hand in den Mund lebenden unteren Klassen überhaupt bedeutet, hinwegnehmen würde. Welche finanzielle Bedeutung die Sache für den Staat hätte, geht daraus hervor, daß die Armenlast sich für Preußen allein, und zwar nach der Höhe der jetzt von den Communen und Verbänden dafür aufgewendeten Mittel, auf 50 Millionen berechnet, welche Summe sich wahrscheinlich, wenn man erst auf den Staatsfiscal loswirtschaftet, nach in anderen Ländern gemachten Erfahrungen um mindestens das Dreifache erhöhen würde. Es will die Schrift keineswegs die Armenpflege, wie sie sich in Preußen ausgebildet, in allen Punkten beibehalten, sie will vielmehr eine Reihe von fruchtbaren Gedanken, wie sie in Süddeutschland und in den Hansestädten durch die Praxis sich entwickelt haben, benutzen; auch die Vorschläge werden erörtert, welche dahin gehen, daß der Staat den Gemeinden einen Theil der Armenpflege abnimmt, z. B. die Sorge für Blinde, Taubstumme, Größtenteile, Zbloten und Siedle, und die Kosten der Verpflegung von Ortsangehörigen in fremden Communen, auf der Wandering u. s. w. Dadurch würde den Communen nicht nur die drückendste und wegen der ungleichen Verteilung vielfach als ungerecht empfundene Last abgenommen, sondern es würden zugleich die lästigen Streitigkeiten wegen Feststellung des Unterhaltungsbedarfs aus der Welt geschafft. Aber auch auf diesem Gebiete ist der weit verbreitete Wahn vom Uebel, als ob nur Gesehe und Polizeimaßregeln gegen bestehende große Uebel etwas der Mähe Wertes auszurichten vermöchten.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

12. Sitzung vom 10. März.

1 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bötticher, Scholz, Schraut u. A. Das Haus genehmigt den Antrag des Abg. Szaniedl, der Reichstag wolle beschließen, daß das gegen den Abg. v. Carls (wegen Unterzeichnung eines Wahlzettel) beim Reichsgericht eingeleitete Strafverfahren während der Dauer der Session eingestellt werde, nachdem es die Verweisung des Antrags an die Geschäftsordnungs-Commission, die v. H. (Hörst) beantragte, gegen die Stimmen der Conservativen, der Reichspartei und des Abg. Weseler abgelehnt hatte.

Darauf wird die gestern wegen Beschlußfähigkeit des Hauses resultirende Abstimmung über die geschäftliche Behandlung des Gesetzesentwurfs, betreffend die zweijährige Budget- und vierjährige Legislaturperiode in Verbindung mit dem Antrag Ritters wiederholt. Die Abstimmung ist, wie gestern, zunächst zweifelhaft und muß wiederum durch Zählung festgestellt werden. Der Antrag des Abg. Stumm, Vorlage und Antrag an eine Commission von 21 Mitgliedern zu verweisen, wird heute mit 127 gegen 111 Stimmen angenommen. Das Centrum stimmt fast ausnahmslos mit den Conservativen und der Reichspartei. Ein Abgeordneter enthält sich der Abstimmung.

Es folgt die Beratung der 9. Denkschrift über die Ausföhrung der Münzgesetzgebung. Die auf die Währungsfrage bezüglichen 8 Petitionen beantragt die Petitionscommission (Referent Witte-Rostock) durch die Beschlässe des Hauses bezüglich der Denkschrift für erledigt zu erklären. Abg. v. Mirbach: Die Denkschrift sagt Seite 5: „für Rechnung des Reiches ist während des Jahres 1880 Gold nicht angeliefert worden“, d. h. die Silberverkäufe sind still. Das ist der Punkt, der uns wohl hauptsächlich interessiert, bei dessen Besprechung ich und die auf unserem Standpunkt stehenden Abgeordneten sich natürlich im Interesse der Position der Reichsregierung zu der bevorstehenden Münzconferenz eine gewisse Reserve auferlegen müssen. Ich bitte aber den Abg. Vamberger meine Ausführungen nicht wieder mit dem veralteten Grundbesitz in Zusammenhang zu bringen; denn die Währungsfrage interessiert nicht bloß den Grundbesitz, sondern die ganze nationale Production. In der vorigen Session bekämpfte der Abg. Vamberger die Agrarier als Partei in der Münzgesetzgebung. Das muß ich entschieden zurückweisen. Ich habe selbst bei den Agrariern zuerst die Idee angeregt und bin über ihre Stimmung sehr genau informiert. Nicht alle Herren stehen auf dem Standpunkte, und die Frage ist in sehr viel weitere Kreise der ländlichen Bevölkerung gedungen als in die verhältnismäßig eingeschränkten Kreise der Agrarier. In der vorigen Session sagte der Abg. Vamberger: also ich bleibe bei meiner Anschauung, die allgemeinen Gesichtspunkte des Herrn v. Mirbach sind falsch. Der Ausdruck „Anschauung“ zeigt von vieler Courtoisie, für die ich dankbar bin, aber widerlegt hat er mich nicht, weil er es nicht konnte. Sympathisch berührt es mich, daß in dieser Frage von einem politischen Parteistandpunkt nicht die Rede sein kann, die Frictionen, welche die Verschiedenartigkeit der politischen Standpunkte erzeugt und welche zum großen Theil den sachlichen Inhalt absorbieren, fallen hier ganz fort. Diese Frage ist für alle Theile des Hauses discutierbar, und ich verheide nicht, wie man einen politischen Parteistandpunkt in ihre Discussion hineinbringen will. In einem Artikel der „Tribüne“, dem der Abg. Vamberger nachstehen soll — ich weiß es nicht — imputirt man mir das; ich muß das auf das Entschiedenste zurückweisen. Ich stehe auf dem bimetalistischen Standpunkt aus voller Ueberzeugung und nicht aus Parteirücksichten.

Auf das weite Gebiet der Gold- und Doppelwährung in gleich umfassender und belehrender Weise einzugehen, würde nicht am Platze sein.

Aber das werden Sie mir zugeben müssen, daß seit vielen Jahren die Bewegung gegen die weitere Durchführung der Goldwährung in weite Kreise mit erheblich wachsender Intensität eingebrungen ist, weil man die Gefahren erkannt hat, die in der weiteren Durchführung liegen und ich freue mich zur Förderung dieser Bewegung beigetragen zu haben. Die Kräfte des Reichstages haben sich in dieser Frage nur in gewissem Sinne gemessen, eine principieller Entscheidung ist noch nicht herbeigeföhrt; ob es zweckmäßig ist, sie in der heutigen Lage herbeizuföhren, lasse ich dahingestellt. Ich habe mich darüber noch nicht schlüssig gemacht, aber es hat allerdings implicite der Reichstag in einer Sitzung, in der er nicht beschlußfähig war, doch die verschiedenen Strömungen zum Durchbruch gebracht, als es sich um die Verweisung des Gesetzesentwurfs wegen Ausprägung der Scheidemünzen an eine Commission handelte. Der Beschluß der Ueberweisung wurde dann durch ein vollzähliges Haus umgestoßen. Die erste allerdings formell nicht gültige Majorität hat sich gewissermaßen mit mir gegen die Durchführung der Münzgesetzgebung erklärt. (Widerspruch links.) Der Abg. Vamberger sagte im vorigen Jahre, daß der Preis des Geldes so niedrig sei, seit wir die Goldwährung haben. Diese Behauptung ist absolut unrichtig. In den vierzig Jahren, als bei uns von der Goldwährung noch nicht die Rede war, standen die Pfandbriefe, die mit den preussischen Staatspapieren etwa denselben Cours haben, erheblich über Pari. Davon ist heute keine Rede mehr. Ist jene Behauptung des Abg. Vamberger aber unrichtig, so haben wir allen Grund, auch seine übrigen Ausführungen einer vorsichtigen Kritik zu unterziehen. Er hat wiederholt von einer Silberwährungsparthei gesprochen; eine solche giebt es heute nicht mehr. Wenn es überhaupt Parteien in dieser Beziehung giebt, so kann man nur von einer Goldwährungsparthei und einer bimetalistischen Partei sprechen.

Keine Ansicht über die schwebende Frage geht dahin, daß es unmöglich ist, auf der Demonetisirung des Silbers zu beharren, und an die Stelle der vielen Hunderte und Tausende von Millionen Silbers, die in den verschiedenen Ländern circuliren, Gold zu setzen. Thun wir dies dennoch, so kommen wir zu einer Goldknappheit, zu einer Krisis ohne Gleichen. Schon jetzt, wo die reine Goldwährung in Deutschland noch gar nicht durchgeführt ist, sondern nur in England existirt, wo also das Gold noch lange nicht so in Anspruch genommen ist, als die Anhänger der Goldwährung es wollen, schon jetzt entsteht eine Jagd nach dem Golde, und um das Gold zu erhalten, finden Discontoverböhungen statt, welche auf den Handel und die Industrie den schädlichsten Einfluß ausüben. Der Bankpräsident v. Dechend jagte noch neulich: „Als ich sah, daß 5 pCt. nicht reichten, wurde der Discout auf 5 1/2 pCt. heraufgesetzt und die Folge davon war auch diesmal wieder, daß die Wechsel erheblich fielen und jede Sorge um unser Gold mit einem Schlage beseitigt war.“ Bei einer anderen Gelegenheit erklärte er ausdrücklich, daß durch die Discontoverböhungen das sichtbare Bestreben anderer Länder, unser Gold für ihre Zwecke durch fälschliche Operationen nutzbar zu machen, sofort durchkreuzt wurde, und Herr Vamberger sprach seine Anerkennung darüber aus, daß man durch die Hinausschraubung des Discoutos das Gold geschützt habe. Ich betone ausdrücklich, daß es nicht Privatbestrebungen, sondern die Bestrebungen anderer Staaten gewesen sind, welche unser Gold für sich nutzbar zu machen suchten. Welche Consequenzen würde nun eintreten, wenn nicht nur Deutschland, sondern auch eine erhebliche Zahl anderer Länder den Versuch machte, die reine Goldwährung einzuföhren. Das ist einfach unausführbar, weil das dazu erforderliche Gold nicht da ist. Schon ein Versuch in größerem Maßstabe würde eine Weltkrisis herbeiföhren.

Der Abg. Vamberger hat bei Beratung unseres Münzgesetzes ausgeführt, daß das Verhältnis zwischen Gold und Silber dauernd wie 1:15 1/2 sei, und wenn es auch durch Kriege, Baumwollenconjunctionen, besondere Ausbeute in Californien u. dergl. vorübergehend gestört worden, doch immer wieder hergestellt sei. Er folgerte hieraus, daß auch der Uebergang Deutschlands zur reinen Goldwährung dieses Verhältnis nicht erheblich alteriren werde. Was ist aber eingetreten? Das Gegenteil dieser Behauptung. Oder will der Abg. Vamberger etwa das Sinken des Silberwerthes lediglich aus der gesteigerten Production Amerikas herleiten? Nur das einseitige Vorgehen Deutschlands, welches Frankreich zwang, seine Silberausprägung einzustellen, hat die Silberentwertung herbeigeföhrt. Professor Veris hat dies in schlagender Weise nachgewiesen. (Abg. Braun: Und Nevada?) Ich habe bereits den Einfluß der amerikanischen Production bestritten und verweise Herrn Braun in dieser Beziehung auf das Wort des Herrn Professor Veris. Ein neuer Concurrent in der Nachfrage nach Gold ist seit einigen Jahren Amerika geworden, welches um so gefährlicher ist, als seine Handelsbilanz durch sehr gesteigerten Export von Rohstoffen in jedem Jahre günstiger wird. Es hat Englands Bedarf an Gold bedroht und unsere Goldreserve bereits sehr erheblich geschwächt. Wollten wir wirklich versuchen, unser Silber zu verkaufen, wo sollten wir das Gold finden, um den Austausch zu erwirken? Unser Betrag an verkaufbarem Silber ist erheblich größer als 500 Millionen Taler; es wurde im vorigen Jahre von dem Vertreter des Reichshauptamtes gesagt, daß 510—550 Millionen circuliren; außerdem befinden sich in der Bank noch lössliche Summen von Silberthalern. Bei dem Verkaufe steigern sich die Kosten mit jedem 100 Millionen sehr bedeutend, und selbst wenn wir entschlossen wären, diese erheblichen Kosten zu tragen, würden wir schließlich doch an der Unmöglichkeit der Durchführung dieses Projectes scheitern. Auf dem Continent haben alle Länder Mangel an Gold, ebenso Amerika. Es bliebe also nur England, und England hat bereits 1872, um seine Goldreserve zu schützen, den Discout von 7 auf 9 pCt. in die Höhe gehraut. Derselbe Maßnahme würde sich wiederholen.

Den Vortheil hat der Versuch der Einföhrung der Goldwährung in Deutschland gehabt, daß bewiesen ist, daß die Durchführung der Goldwährung in einem großen Ländergebiete absolut unmöglich ist. In einigen Ländern kann die Goldwährung durchgeführt werden, weil der Bedarf dem Vorrath an Gold entspricht. Das hat England gezeigt; sowie aber der Bedarf gesteigert wurde, hörte die Möglichkeit auf. Ich erwähne nur nebenbei den erheblichen Verlust, den die gesunde deutsche Production, der Bergbau auf Silber, durch das Sinken der Silberpreise erleidet. Wie sehr auch der Handel, namentlich der Export nach Ländern, die in Silber zahlen, an dieser Frage interessiert ist, beweist eine Petition aus Sommerfeld; bestimmte dortige Industriezweige exportiren für 12 Millionen Mark jährlich nach China und Japan. Dieser Export stößt wegen des Sinkens der Silberpreise jetzt schon auf Schwierigkeiten; geht das Silber noch mehr zurück, so wird er ganz unmöglich. Mit Genugthuung erfüllt mich der gewaltige Umschwung der Stimmung in der Währungsfrage, die sich jetzt entscheiden gegen die Goldwährung wendet. Die Zahl der bimetalistischen Schriften ist eine kolossale, und von monometallistischer Seite steht ihnen kaum etwas entgegen. Für den Umschwung in der deutschen Wissenschaft sprechen Namen wie Trendelenburg, Schäffle, Veris, Wagner, die zum Theil früher auf entgegengelegtem Standpunkt standen. Diesen steht zur Zeit nur Silber gegenüber. Mit Genugthuung begrüße ich auch die bevorstehende internationale Conferenz. Deutschland wird allerdings nicht auf eine unbeschränkte Silberausprägung eingehen können, aber das Endziel ist es allerdings.

Es müssen meiner Ansicht nach Vereinbarungen vorhergehen, welche zur Erhöhung des Silberpreises föhren. Ich denke mir, Deutschland verspricht den status quo aufrecht zu erhalten, d. h. kein Silber nicht zu verkaufen, ferner verspricht es später vollwertige Silbermünzen auszuprägen nach dem Verhältnis 1:15 1/2. Dagegen verpflichtet sich Frankreich, die bestehende Gesetzgebung aufrecht zu erhalten, d. h. seine Münzstätten der Silberausprägung zu öffnen. Amerika, als größter Silberproducent hat schon das höchste Interesse, die weitgehendsten Concessionen zu machen. Auch von England melbet man eine Stimmung dahin, vollwertige Silbermünzen auszuprägen. Jedenfalls steht Deutschland in sehr günstiger Position gegenüber Frankreich und Amerika, es kann gewissermaßen Bedingungen diciren. Was geschieht, wenn eine bimetalistische Union nicht zu Stande kommt, die es ermöglicht, in allen Ländern, die in Gold und Silber zahlen wollen, nach dem Verhältnis von 1:15 1/2 auszuprägen? Das amerikanische Silber würde auf den Weltmarkt strömen, die Preise würden noch mehr gedrückt werden, und es würde ein Kampf entstehen zwischen den Na-

tionen, die überhaupt noch Gold haben und haben wollen, es würde ein Discoutokampf zwischen den Nationen entstehen, mit großen wirtschaftlichen Schädigungen. Ich denke, wir alle müßten die internationale Conferenz, die diese Frage regeln soll, mit Freuden begrüßen. Ich hoffe, die Reichsregierung wird dabei Deutschlands Interesse in den Vordergrund stellen und auch die große volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Frage nicht unterschätzen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Vamberger: Ich bin von Alters her daran gewöhnt, von Gegnern unseres Münzsystems, sobald sie die Tribüne betreten, meinen Namen nennen zu hören. Hätte der Vorredner das nicht gethan, ich würde vielleicht heute das Wort nicht ergriffen haben. Ich habe dem Vorschlage, diese Denkschrift zur Beratung zu stellen, nur beigestimmt, weil ich aus den Aeußerungen des Herrn v. Karborsff entnahm, die Herren wollten ein großes Tournier der Wagen und Gefänge abhalten, und ich zeigen wollte, daß wir auch jetzt den Kampf nicht scheuen; nicht um eine große Staatsaction über die Münzconferenz hervorzuheben. Herr v. Mirbach glaubt, seine Ansichten hätten solche Fortschritte gemacht, daß er ruhig in die Zukunft blicken könnte, ich glaube das Gegenteil. Wir können die Dinge abwarten. Niemals hat die Situation so deutlich wie jetzt gezeigt, daß die von uns 1871—73 geschlossene Münzgesetzgebung auf dem richtigen Wege war. Trotz aller Irrungen zwischen der Reichsregierung und den in dieser Frage meiner Ansicht zugeneigten bin ich mit Herrn v. Mirbach der Ansicht, daß die Reichsregierung unsere Münzgesetzgebung durch das, was von der Pariser Conferenz zu erwarten ist, nicht gefährden wird. Ich danke Herrn v. Mirbach, daß er einer Zeitung erwähnt, zu der ich in gewissen Beziehungen stehe, und von der er annimmt, daß Alles, was darin erscheint, mir zugeschrieben werden müsse. Unter solchen Voraussetzungen müssen Manche von uns, auch die Regierung und der Reichsanwalt selbst leiden. Wenn Herr v. Mirbach in einer Zeitung das durchschlagende Organ meiner Ansicht sieht, so bin ich, wie jeder einzelne Zeitungs-Redacteur, der selbst schreibt — was ich nicht thue — nicht in der Lage, für Alles einzutreten, was in dem Blatte erscheint. Herr v. Mirbach meint, der Preis des Geldes sei nicht wohlfeiler geworden als in früheren Jahren; ich bleibe dabei, daß in unseren Zeiten der Zinsfuß niemals niedriger war als heutzutage. Der geehrte Herr giebt Beispiele aus dem Jahre 1845. Wir haben doch nicht damals unsere Währung geändert. Ich muß doch bitten, den Zinsfuß nicht ausschließlich auf das Metall zurückzuführen, mit dem wir bezahlen. (Ruf: Aha!)

Der Zinsfuß hängt nicht ausschließlich von der Qualität des Metalls ab, mit dem man bezahlt, man müßte denn annehmen, daß man nur Papiergeld hat und dann soviel abgiebt, wie Jeder wünscht, dann würde allerdings der Zinsfuß auf Null sinken. Im Uebrigen aber kommt eine unendliche Reihe von einzelnen Factoren in Betracht, um das Phänomen, welches man Zinsfuß nennt, sicher herauszubilden. Der Zinsfuß der Preussischen Bank in den Jahren 1867—1873 bewegte sich ganz in den Grenzen, wie der heutige, nämlich zwischen 4 und 5 pCt. Für das Jahr 1880 beträgt der von der Reichsbank officiell angegebene Zinsfuß etwas über 4 pCt. Wir wissen aber, daß das nicht der effective Zinsfuß des Landes ist, denn die Reichsbank discountirt unter demselben namhafte Beträge. Im Jahre 1879 betrug der mittlere Zinsfuß 3,70 pCt. Wann hat denn ein niedrigerer existirt? Wir befinden uns ja jetzt in der Ära der Restreuction, in welcher gerade das Capital an die Wand gedrückt wird. Vor Kurzem erst ist der ostpreussische Zinsfuß von 5 auf 4 1/2 pCt. herabgesetzt worden und dabei leidet vielmehr derjenige, der sein Geld auf Zinsen, als derjenige, der Schulden hat. Es hat sich hier in Berlin jetzt ein Wechselverföh gebildet, der aus dem landwirthschaftlichen Verföh herrührt und nebenbei ein Licht auf die Frage wirft, ob Wechselverföh im Interesse des Landes liege. Es ist Gewohnheit geworden, daß einzelne, selbst ganz kleine Gutsbesitzer sich bei ihrem in der Nähe wohnenden Banquier einen Credit eröffnen lassen, daß dieser Banquier seine Wechsel hierher an große Banquiers schickt, und daß diese bei der Reichsbank dieselben mit ihrer guten Unterschrift zu 2 und 2 1/2 pCt. discountiren und auf diese Weise erzielt der Schuldner selbst nach Bezahlung aller Commissionen unfehlbar einen Vortheil, der ihm aus der Erweiterung des Capitalmarktes entspringt.

Die Herren sind nicht berechtigt, jetzt über Mangel an verfügbarem Capital zu klagen. Es giebt für die Leute, die zu borgen haben, gar keine glücklichere Bedingung, als wenn der Gläubiger weiß, er wird genau in demselben, eben so werthvollen Gelde wieder bezahlt, welches er geliehen hat. In den Ländern, wo dies zweifelhaft ist, stehen die Zinsen höher, weil eine gewisse Assuranceprämie von dem Schuldner bezahlt werden muß. Ja sogar das Capital entzieht sich den Ländern, wo der Geldwerth hin und her schwankt, während die Länder mit sicherer Valuta den Credit des Auslandes genießen und über fremde Capitalien mehr disponiren können. Das ist so wahr, daß, als im September bis October vorigen Jahres die auch vom Herrn Vorredner erwähnte Beunruhigung durch das Land ging, welche einen ganz kleinen Goldeport veranlaßte, damals Mißtrauen in einigen Nachbarländern entstand, welche große Capitalien in Deutschland anzulegen pflegten, namentlich Belgien und Oesterreich, und daß dieses Mißtrauen, welches nicht durch die Bank-Maßregeln hervorgerufen wurde, sondern durch die Marmnachrichten, welche sich an die Hochküste der Bimetallisten hängen, noch heute nachwirkt. Die damals zurückgezogenen Capitalien sind größtentheils nicht wieder zurückgekehrt. Hoffentlich werden die Ereignisse, denen wir jetzt entgegensehen, und die vielleicht für eine gewisse Zeit die Seeschlange der bimetalistischen Weltconvention aus der Welt bringen werden, auch wieder beruhigend auf unsere Geldverhältnisse wirken und den im Auslande ein klein wenig erschütterten Credit wieder vollständig ins Leben rufen. Einige Ziffern werden den Herren zeigen, wie falsch ihre Voraussetzung ist, daß wir so bedenklich am Goldmangel litten, daß wir solche Zustände nicht länger in Geduld ertragen könnten. Zu meiner großen Freude hat der Herr Vorredner dieser alarmistischen Stimmung einen kleinen Dämpfer aufgesetzt, indem er mit Recht hervorhob, daß, wenn irgend ein Land mit Gemüthsruhe den kommenden Dingen zusehen könne, dies Deutschland sei.

Ich erlaube mir meinerseits diese Behauptung durch den Nachweis zu illustriren, daß die Baarvorräthe an Metall im Vergleich zu der Circulation des Papiergeldes bei uns nächst England so günstig stehen, wie in keinem anderen Lande, und wir demnach Thoren wären, wollten wir Frankreich die Brücke bauen auf unsere Kosten jene Zustände zu bessern. Nicht unser Vorrath an Goldmünzen, die sämtlich im Umlauf sind — das ist immer schwer festzustellen, sondern, welche als Deduction gelten gegen die umlaufenden Banknoten und sonstigen fictiven Papierwerthe, setzen sich aus folgendem zusammen. Da ist erstens der Goldvorrath der Reichsbank, den wir nicht ganz genau kennen, aber annähernd schätzen können, und der in seinem tiefsten Stande, im October 1880, etwa 180 Millionen betrug. Berechnen wir, was seitdem an Gold zugeflossen, so dürfte er jetzt in eine Höhe von 240 Millionen gekommen sein. Von dem Goldvorrath von 87 Millionen in Privatbanken ist wohl der größere Theil Gold, wegen des stehenden Grundbesitzes der Privatbanken, möglichst viel Gold zu haben. Wir dürfen wohl 80 Millionen sagen. Ferner nehme ich dazu die 120 Millionen im Juliushurm, da auch diese Deduction für unsere fictive Circulation sind, und da andere Länder eine derartige Einrichtung in ihren Banken haben, wie z. B. Frankreich, das in der Bank ein unverzinstes Guthaben hat. Im Ganzen haben wir also einen Baarvorrath von 440 Millionen Mark. Dagegen nun waren um dieselbe Zeit Noten der Reichsbank und der Privatbanken im Betrage von 893 Millionen Mark im Umlauf. Davon sind allerdings 130 Millionen abgerechnet, welche Summe die Banken im Depot haben. Dazu kommen nun die Reichsbankenscheine; die letzten Berichte bezöge ich noch nicht, ich berechne sie, da sie im vorigen Jahre 134 Millionen Mark betragen, auf 150 Millionen Mark. Von diesen geben nun 40 Millionen ab, die als Deduction wieder in anderen Banken figuriren. Ich bekomme also eine fictive Circulation von ungefähr 967 Millionen; dieselbe steht im Baarvorrath von 440 Millionen in Gold gegenüber, nur in Gold, denn Silber rechne ich nicht, das ist kein Geld, sondern Waare.

Für den Dienst des Weltverkehrs ist nur Gold zu gebrauchen. Wir haben also eine Baardeckung von 440 Millionen gegen eine Papier-Circu-

lation von 567 Millionen. Das ist über 45 Procent Golddeckung. Frankreich dagegen deckt gegenwärtig 2100 Millionen Banknoten nur mit 512 Millionen in Gold. In Nordamerika liegen in den Vorräthen der Nationalbank 95½ Millionen Dollars, im Tresor der Vereinigten Staaten liegen 62 Millionen, das macht zusammen 157 oder 630 Millionen Mark. Die Papiercirculation besteht aus 70 Millionen Pfund Sterling Goldnoten der Regierung und 70 Millionen Pfund Sterling Goldnoten der Banken oder zusammen 2800 Millionen Mark gegen eine Deckung von 630 Millionen Mark. Sie sehen, wie viel günstiger die Lage bei uns liegt, als in den Staaten, welche die Initiative zur Münzconferenz ergriffen haben. Unsere Circulation ist sogar im Vergleich zu England nicht schlecht, welches neben der großen Circulation von Ebeis noch 540 Millionen Mark Banknoten hat. Wenn ich trotzdem immer darauf zurückkomme, daß unsere Bank sich ihres Silbers entledigen und mit Gold versehen soll, so hängt das damit zusammen, daß eine Centralbank, das Herz des Verkehrs, jede Störung viel schlimmer empfindet. Gegenüber der Behauptung von der großen Goldnoth zeigt uns die Denkschrift, daß die Reichsbank ganz wacker und ohne Anstrengung Gold angeschafft hat. Die Bank hat im vorigen Jahre an Goldmünzen 38 Millionen und an Goldbarren 7,950,000 Mark, zusammen über 46 Millionen Mark ganz spielend durch den gesunden spontanen Gang des Verkehrs angekauft. Ist das nicht eine merkwürdige Erscheinung? Gerade in einem Jahre, von dem man behauptet, daß Amerika sich bemüht habe, Gold an sich zu ziehen. Amerika hat im vergangenen Jahre etwas weniger Gold vom Continent bezogen, als im Jahre 1879. Ebenso war sein Export von Waaren im letzten Jahre geringer, wie im Vorjahre, eine Thatsache, die leider meistens ignorirt wird, wenn von diesen Dingen geredet wird. Hat denn etwa die Goldproduction auch abgenommen? (Aufs rechts: Ja!)

Die höchste Ziffer von Goldproduction, die die Statistik nachweist, beträgt etwa 500 Millionen Mark, und wir sehen jetzt an 400. Das war die höchste Ziffer zu Zeiten, wo die ungeheuren Anschwemmungen von Gold entdeckt wurden. Die amerikanische Goldproduction hat in den letzten Jahren kaum erheblich abgenommen. Auch die russische, die eine große Rolle spielt, läßt nicht nach. Nur in Australien ist die Goldproduction zurückgegangen, beträgt aber jährlich immer noch 60–70 Millionen Mark und ihre Aussichten sind nicht schlecht, wenn erst zum ordentlichen bergmännischen Betrieb übergegangen wird. Neuerdings ist in einem Document, das Sie gewiß nicht anfechten können, und versichert, daß die Goldproduction in Australien einer bedeutenden Zukunft entgegengeht, wenn einmal auf die regelmäßige Ausbeutung der Quarzbergwerke übergegangen wird. Ich verweise deshalb auf eine der neuesten Nummern des „Deutschen Centralblattes“. Wir haben also keinen Grund, uns aus Angst vor dem Gerüchten ins Wasser zu stürzen. Man fragt immer, wie es dann werden soll, wenn die ganze Welt die Goldwährung annehmen würde. Aber diese Weltpropaganda für die Goldwährung hat nie Eifer von uns gemacht. Man kann die zukünftige Ausbreitung der Goldwährung voraussetzen, ohne die Anderen dazu zu zwingen. Ich hätte nichts dagegen, wenn andere Länder demnächst in Paris beschließen würden, für sich zur Silber- und Doppelwährung überzugehen. Aber wir haben unserselbst nicht nöthig, und die Köpfe der anderen Nationen darüber zu zerbrechen, wie dieselben im Laufe der Zeit zur Goldwährung gelangen sollen. Herr von Mirbach hat seine Behauptung, daß die Goldwährung den Zinsfuß gesteigert habe, damit begründet, daß während eines kurzen Zeitabschnitts im Spätsommer die Bank ihren Zinsfuß hinaufgesetzt habe, um ihren Goldvorrath zu vertheiligen. Solch eine vorübergehende exceptionelle Maßregel bildet keine Norm und beruht wesentlich auf der Nothwendigkeit, die Speculation zu zügeln, damit keine gefährlichen Rückschläge eintreten. Hätte die Reichsbank übrigens unseren Rückschlägen zufolge früher nicht selbst durch ihre Einkäufe von Wechseln zu niedrigem Zinsfuß Geld zu wohlfeil gemacht, so hätte sie auch im September und October nicht nöthig gehabt, zu scharfen Maßregeln zu greifen.

Der Behauptung des Herrn Vorredners, daß es nicht möglich sei, Silber zu verkaufen, widerspreche ich heute wie früher. Es war in den letzten zwei Jahren fortwährend möglich, Silber zu verkaufen. Was geschieht denn mit den 4–500 Millionen Silber, die jährlich in der Welt producirt werden? Im Jahre 1879 hat England für 220 Millionen Mark Silber aus seinen Häfen verschifft, d. h. verkauft. Oesterreich hat im Jahre 1880 für 70 Millionen Mark Silber verkauft und, wenn ich nicht irre, im vorausgehenden Jahre für 24 Millionen Mark gekauft. Wir allein sollen nicht verkaufen können. Nein, wir sehen zu, während andere die besseren Conjunctionen benutzen. So wieder jetzt die englische Regierung, als auf die Nachricht von der Konferenz die Speculation den Silberpreis auf 53 getrieben hatte, der jetzt wieder auf 52 gefallen ist. Hätten wir nicht die Silberverkäufe sistirt, so würden wir heute noch besser stehen, als es ohne eines der Fall ist. Die Unkosten unserer Münzreform stehen durchaus nicht im Majorverhältnis zu dem Vortheil, den die Sache gebracht hat. Wir haben etwa 40 Millionen Mark davon verausgabt. Sollten die Kosten selbst auf 100 Millionen gehen, so wäre das nicht enorm. Die englische Münzreform im Jahre 1825 kostete etwa 24 Millionen Mark. Zieht man die Bevölkerungs- und den Geldwerth jener Zeit in Betracht, so entspräche das wohl einer Summe von 200 Millionen Mark. Die viel diskutirte Streitsfrage, ob die Entwerthung des Silbers durch Deutschland herbeigeführt worden, will ich hier nicht wieder aufnehmen, da sie doch zur schließlichen Lösung der praktischen Frage heute nicht dienen kann. So viel weiß ich nur, hätten wir Anfang der 70er Jahre Silber oder Doppelwährung angenommen, die anderen Länder wären wegen ihres Goldes nicht in Verlegenheit gerathen, und wenn wir jetzt in Verlegenheit wären, wie Frankreich und Amerika es sind, so würden diese, wenn wir uns an sie wenden, wahrlich uns ihre Dienste nicht entgegenbringen. (Sehr richtig!)

Der Konferenz sehe ich ganz ruhig entgegen. Ich habe keinen Grund, der Besprechung von Staaten, die beabsichtigen die allgemeinen Festsatzungen, ein negatives Prognostikon zu stellen. Auch würde das an dieser Stelle nicht sehr passend sein. Ich werde geduldig warten, was die Konferenz ausfindig machen kann. Nur auf dem Standpunkt bleibe ich fest, daß ich überhaupt ein entscheidender Gegner von Vertrag und Vertragsverhältnissen bin, durch welche ein Land sein ganzes Münzwesen an dasjenige eines anderen Landes bindet. Diesen Standpunkt haben auch die verbündeten Regierungen schon bei dem Münzgesetz angenommen. Ein Münzwert, der nicht auf dem Marktpreis, sondern auf der gesetzlichen Bestimmung einer Convention beruhen soll, ist überhaupt kein Münzwert, sondern eine Fiktion. Der Kampf der Regierungen gegen den natürlichen Gang der Dinge, den sie zur Anerkennung gesetzlicher Wertvorschriften zwingen wollten, ist so alt wie die Münzgeschichte. Das Silber läßt sich nicht mehr in den Verkehr zwingen, Amerika und Frankreich haben das zur Genüge erfahren müssen. Auch die Pariser Konferenz wird das nicht ändern können. Es ist mir ganz lieb, daß sie beschickt wird. Mögen unsere Delegirten hören und berichten. Ueber den Ausgang bin ich ganz beruhigt. Handelte es sich bloß um Fragen der inneren Wirtschaft, so würde ich, da ich darin kein ungemessenes Vertrauen in die Anschauungen des Reichskanzlers sehe, nicht ohne Besorgniß sein. Aber zum Glück liegt die Sache auf internationalem Boden, und da hat der Herr Reichskanzler ein scharfes Auge, und er wird uns nicht über den Löffel barbarieren lassen. (Beifall links.)

Hg. v. Lenthe: Meine politischen Freunde und ich haben die Münzgesetzgebung nicht als eine politische Parteifrage angesehen. Demgemäß war das Centrum auch getheilte Meinung über die Vortheile und Nachtheile des Münzgesetzes vom Jahre 1873 und ist es noch heute. Ich habe mich für das Gesetz erklärt, während mein Freund Grothe dagegen war. Ich war der Meinung, daß, wenn Deutschland nicht zur Goldwährung überginge, die anderen Länder, namentlich Frankreich, zu unserem Schaden uns ausbilden würden. Ich hatte mit einem Theile meiner Freunde die größten Bedenken gegen die Doppelwährung. Der Erfolg hat gezeigt, daß wir uns in unseren Voraussetzungen vollständig geirrt hatten. Die Voraussetzung, unter der wir das Gesetz von 1873 annahmen, war, daß das Gold zum Silber stände wie 1:15½ und daß dies Verhältnis auch in Zukunft so bleiben würde. Ich will zugeben, daß die Motive jenes Gesetzes, wie der Minister Camphausen alle Ursache hatten, diese Hoffnung zu hegen; denn so lange die französische Doppelwährung bestand, war es eben unmöglich, daß das Verhältnis ein anderes wurde. Die Ansichten gingen allerdings schon damals über diesen Punkt auseinander. Ich mache ja auch Niemandem einen Vorwurf über seine Abstimmung. Allerdings aber mache ich denen einen Vorwurf, welche die Schule der Monometallisten genannt. Diese Schule trägt die Schuld daran, daß so unheilvoller Unheil über die Erde gekommen ist. Wir sind den Lehren dieser Schule in Deutschland zuerst im Jahre 1857 gefolgt, als wir mit Oesterreich einen Münzvertrag abschlossen, wodurch die alleinige Silberwährung in Deutschland eingeführt wurde. Wir hatten bis dahin Jahrhunderte hindurch unter der Doppelwährung zufrieden gelebt. Von dem Augenblick an entstand die Klage, daß der Bedarf an Geld nicht genügend gedeckt würde. Nun kamen die Monometallisten, welche das Gold als ausschließlich berechtigtes Verkehrsmittel erklärten. Dies wurde auch vom internationalen Congreß im Jahre 1867 anerkannt. Wir hätten die Doppelwährung auch weiter erhalten können, wenn wir uns durch einen Vertrag mit Frankreich geeinigt hätten. Wir haben es aber nicht gethan, und nun treten alle die schweren Schädigungen ein,

welche damals schon von den Gegnern der Goldwährung prophezeit wurden. Ein großer Theil des Wohlstandes weiß freilich nicht, wie tief und wie schädigend die Goldwährung in alle Verhältnisse des Volkes eingreift. Ich behaupte, daß ein großer Theil unserer Münzen durch die Goldwährung entwerthet ist, so daß es auf die Dauer gar nicht möglich ist, mit diesem Münzsystem zu arbeiten. Die 427 Millionen Mark Scheidemünze, welche in der letzten Zeit ausgeprägt sind, sind um 25 Procent unterwerthig, ein Fünftel hat nur einen realen Werth von 3¼ Mark. Wenn das so fortgeht, so ist die Goldwährung unhalbar. Denken Sie nun den Fall, daß ein Krieg eintritt, in welchem die Einfuhr der Silbermünzen suspendirt wird, müssen da nicht die niederen Klassen, welche nur im Besitz von Silber sind, schwer geschädigt werden? Aber auch im Falle der Einziehung würde sich ein bedeutender Nachtheil für den Staat zeigen, denn erfahrungsmäßig ist die Summe des eingezogenen Geldes in Folge von Falschmünzerei — ich kann mich dem Glauben nicht verschließen, daß auch jetzt eine große Masse falscher Scheidemünzen im Umlauf ist — viel größer als die des ausgegebenen. Die Goldwährung führt aber auch eine Schädigung der Silberproduction mit sich, welche den Silberbergbau reducirt und durch die Hunderte von Bergarbeitern ihren Unterhalt verlieren. Außerdem hat unser Münzsystem, das nicht mit den Münzsystemen anderer Länder übereinstimmt, noch einen anderen schweren Nachtheil für unsere inländische Production. Er erleichtert den Export aus Silberländern und erschwert den Export nach denselben und hat die Folge, daß der Verkehr zwischen Deutschland und den anderen Ländern mit anderem Währungssystem sehr unsicher, wenn nicht unmöglich gemacht wird, da der Kaufmann nie eine sichere Speculation machen kann.

Der Cardinalpunkt der ganzen Frage ist aber, daß die Goldwährung eine Contraction des Geldes der allerärmsten Klassen zur Folge hat. Das erste Erforderniß des Geldverkehrs ist seine Stabilität. Das Steigen und Fallen der Münzen ist vom Uebel. Die Stabilität hängt ab von der Menge der im Umlauf befindlichen Münzen. Die wirklich vorhandene Contraction des Geldes, wie sie das jetzige Münzsystem mit sich führt, ist deshalb äußerst schädlich. Diese Contraction wird sich noch steigern, wenn wir bei der Goldwährung bleiben und noch mehrere Staaten sich derselben anschließen. Zu gute kommt sie nur den Capitalisten, der Grundbesitzer, der Geschäftsmann, der kleine Gewerbetreibende, vor Allem der deutsche Arbeiter wird durch dieselbe auf das allerempfindlichste geschädigt. Die Geschäfte können nur gut gehen, wenn reichliche Geldmittel vorhanden sind; das Silber demonetisirt, heißt der Industrie das Herzblut abspießen. Herr Bamberger meint freilich, die Silberwährung ist ein der deutschen Nation unumwundenes Münzsystem, wir müssen uns auf den höheren Standpunkt der Goldwährung stellen, unsere Vortommnisse sind für das Silber ja auch zu klein! Das ist der Standpunkt der oberen Reichtümer, nicht des deutschen Arbeiters, der lieber mit Silber als mit Gold verkehrt. Wenn Herr Bamberger dann meint, daß sich das Verhältnis von Silber und Gold nicht nachweisen und feststellen lassen, so widerspricht dem die Lehre von Angebot und Nachfrage. Aus dem Geklagten geht hervor, daß die Goldwährung in der That sehr bedenkliche Nachteile hat. Dies scheint denn auch England erkannt zu haben, wo sich eine starke Strömung für die Doppelwährung bemerkbar macht. Hoffen wir, daß die deutsche Regierung auf der bevorstehenden Konferenz zu Paris dahin wirke, daß den gerechten Klagen über unser Münzsystem abgeholfen werde. (Beifall rechts und im Centrum.)

Hg. Delbrück: Die Münzconferenz in Paris ist mir nichts weniger als ein unerwünschtes Ereigniß und der deutschen Vetheiligung daran sehe ich mit aller Ruhe entgegen, besonders mit Rücksicht auf die vorjährigen Erklärungen der Reichsregierung und die auch von mir vollgetheilte Ueberzeugung, daß der Reichskanzler große Bedenken tragen wird, sich in einer Frage, wie dieser, in weitaus lebendiger internationaler Engagement einzulassen. Ich beuge meinerseits für die Konferenz, soweit es Seiten der übrigen dabei vertretenen Staaten gelingen möchte in ihrem Bestreben zu Maßregeln zu kommen, die den Silberpreis heben, meine volle Sympathie; denn es würde dadurch unsere Situation, die an sich ja nicht schwach ist, noch wesentlich gestärkt werden. Die Behauptung des Vorredners, daß in Deutschland seit Jahrhunderten die Doppelwährung bestanden habe, ist irrig. In Deutschland hat die Doppelwährung nie bestanden. Nach dem preussischen Landrecht waren alle Verbindlichkeiten in Silber zu tilgen. Preußen hat allerdings Goldmünzen geprägt, die bekannten Friedrichsdors, die aber niemals gleiches Zahlungsmittel waren. Nur der Staat selbst hat in den 30er Jahren für die Friedrichsdor einen Preis festgesetzt, zu welchem sie bei den Kassen angenommen wurden. Allerdings hatte dieser Kassencours zur Folge, daß auch im allgemeinen Verkehr der Friedrichsdor zu 5½ Thaler angenommen wurde. Von einer Doppelwährung ist das aber weit entfernt. Auch die Münzconvention von 1838 enthält ausschließlich die Anerkennung der Silbermünze als der gesetzlichen Grundlage der Circulation. Eine Rückkehr zur Doppelwährung kann demnach bei uns überall nicht in Frage kommen. Es kann sich nur darum handeln, ob wir nun das Experiment machen sollen. Man hört immer die unbegründete Behauptung, daß wir durch unsere Münzreform zum Sinken des Silberpreises zwar etwas, aber nur in ganz geringem Verhältnisse beigetragen haben. Ziehen Sie in Erwägung, daß von 1871–1879 die gesammte Silberproduction etwa 3420 Mill. M. betragen hat, die India council bills 2100 Millionen und die deutschen Verkäufe 600 Millionen, so werden Sie zur Ueberzeugung kommen, daß die wesentlichen Momente nicht in unseren Silberverkäufen liegen.

Den wesentlichen Einfluß auf die Entwerthung des Silbers hat das Verhältnis der englischen Regierung zu Indien. Sonst würde die Handelsbilanz zwischen England und Indien im effectiven Silber ausgeglichen; der dadurch herbeigeführte Abzug an Silber betrug etwa 300 Millionen Mark. Nun hat aber die englische Regierung in Indien Kriege geführt und zu ihrer Verrückung Anleihen gemacht, deren Zinsen Indien zur Last gelegt sind. Daher folgt, daß in England, wo die Besitzer indischer Bonds der Hauptsache nach sind, große Summen jährlich aus Indien zu zahlen sind, d. h. die englische Regierung zahlt die Zinsen a conto der indischen und zieht dafür auf die indische Regierung diese sogenannten India council bills. Diese sind in einem großen Maße an Stelle der früheren Silberverkäufe nach Indien getreten, und um so viel ist die Silberausfuhr nach Indien vermindert worden. Nun sprach der Vorredner von der Entwerthung unserer Silbermünzen; ich gebe ihm zu, daß unsere Silbermünzen seit ursprünglich 10 Procent jetzt 25 Procent unterwerthig sind. Ich bestreite aber durchaus, daß durch dieses Verhältnis die Bevölkerung geschädigt wird. Ich bestreite das, so lange die Ausprägung von Silbermünzen sich innerhalb der Grenzen hält, die der Verkehr unbedingt erfordert. (Sehr richtig! links.) Sonst hätte man ja auch im Münzgesetz nicht die Unterwerthigkeit von 10 Procent annehmen dürfen. Die Furcht des Vorredners vor Falschmünzerei theile ich nicht, denn die Erfahrung lehrt, daß Falschmünzerei mit großen Anlagecapitalien nicht vorkommt und daß sich dieselbe auch hauptsächlich auf das Papiergeld legt. Die technischen Schwierigkeiten würden auch sehr groß sein und bald zur Entdeckung eines solchen Geschäftes führen. Die Sache ist jetzt anders als bei den früheren alten abgegriffenen Münzen, die man annahm, wenn sie nur etwas rund waren.

Der Vorredner hat dann von der Silberproduction gesprochen. Ich bestreite, daß die Silberproduction es schwer empfinden, daß sie nicht mehr die privilegierte Stellung genießen, die ihr Product einen festen Preis hat, sondern daß sie jetzt auf der gleichen Linie mit ihren Kollegen von der Eisen-, Kupfer- und Bleibranche stehen. Ich glaube aber nicht, daß der Staat die Pflicht hat, Maßregeln zu ergreifen, um diese Privilegien zu schützen. Ich habe schon gesagt, daß wir nur zum kleinsten Theil schuld sind, daß das Silber entwerthet ist. Uebrigens gibt ein Viertel unserer gesammten Silberproduction aus ausländischen Erzen hervor. Die Situation der Silberverläufer kann also keine so schlimme sein. Oesterreich und Rußland gegenüber ist es wirklich gleichgültig, ob wir Doppelwährung haben oder Goldwährung. Die wechselnde Valuta dieser Länder würde uns bei Forderungen, die wir an sie haben, unter allen Umständen schädigen. Das ist unabweisbar, steht aber in keinem Zusammenhang mit unserem Münzgesetz. Da wir durch die Silberverkäufe Verluste gehabt haben, und noch weitere leiden werden, bestreite ich nicht. Die Cardinalfrage ist nur, ob die Herstellung eines stabilen Münzsystems, wie die verbündeten Regierungen und der Reichstag es durch die Goldwährung erzielen wollen, diese Opfer werth ist. Ziffermäßig läßt sich diese Frage nicht beantworten. Ich bejahe sie aber aus voller Ueberzeugung. Die erste Voraussetzung eines guten Münzsystems, die Stabilität, hat unser Münzsystem; der Vorredner hat nicht nachgewiesen, daß etwa die Preise gesunken wären. Es ist kaum möglich, jetzt schon einen Einfluß der Goldwährung auf die Preise nachzuweisen.

Alle Waaren, die man zu einer solchen Vergleichung benutzen könnte, kann man nur für längere Zeiträume benutzen; der einzige Artikel, der einen Weltpreis hat und nicht zu sehr fluctuirt, weil er in Europa nicht erzeugt wird, ist der Kaffee. Die Preise haben sich in Hamburg zwischen 50 und 60 Mark pro Centner bewegt während der Silberwährung; seit der Einführung der Goldwährung sind sie gesunken auf 80 Mark und wieder herabgegangen, aber sie stehen immer noch über 60 Mark. Die Goldwährung hat also ein Herabdrücken der Preise nicht zur Folge gehabt. Wenn der Vorredner sich auf die Schrift von Such berufen, welche die Abnahme

der Goldproduction prophezeit, so muß ich darauf hinweisen, daß der Verkehr sich Institutionen schaffen wird, um mit weniger barem Gelde auszukommen. Mit der Gleichheit der Geldkräfte in den verschiedenen Staaten ist noch keine Gleichheit des Courfes und Zinses herbeigeführt. Der Uebergangszustand, in welchem sich die gesammte Welt den Goldmünzen gegenüber befindet, erschwert die Berechnung. Weil das Verhältniß zwischen Gold und Silber Sache des Angebots und der Nachfrage ist, kann man es nicht feststellen. Auf das Project eines Weltmünzvertrages will ich nicht eingehen. Ich kann nur bestätigen, daß wir uns in solchen Dingen überhaupt gar nicht auf lange Zeit binden können und ich bin der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung diesen Satz ebenfalls befolgt. (Beifall links.)

Staatssecretär Scholz: Die Stellung der Reichsregierung gegenüber der Münzfrage ist heute dieselbe wie im Vorjahre. Die verbündeten Regierungen sind der Meinung, daß der status quo auch ferner aufrecht erhalten werden muß. Herr Bamberger hatte Unrecht, die Regierung wegen der Einstellung der Silberverkäufe anzuklagen; ich hatte ja im vorigen Jahre ausdrücklich hier erklärt, daß, wenn der Reichstag in seiner Mehrheit eine entscheidende andere Auffassung hätte, wenn er die Einstellung der Silberverkäufe für schädlich hielte und diese abweichende Ansicht in einer Resolution zum Ausdruck brachte, dann die Regierung bereit sein würde, diese Frage von Neuem in Erwägung zu ziehen. Herr Bamberger wird mir aber zugestehen, daß auch nicht der Versuch gemacht worden, eine solche Resolution zur Annahme zu bringen. Für diejenigen Herren, die über das, was ich gesagt habe, gern die Ansichten des Reichskanzlers gehört hätten, theile ich mit, daß er geboht hatte, es würde ihn seine Gesundheit in den Stand setzen, heute hier zu kommen, weil ihm daran gelegen sei, seine persönliche Meinung darüber zu äußern. In seinem Auftrage theile ich daher mit, daß der Reichskanzler die Aufrechterhaltung des status quo persönlich für das Richtige hält. Er ist der Meinung, daß in dieser ganzen Frage das non liquet so offenbar sei, daß es nicht gerathen erscheine, einen Schritt zu unternehmen, von dem man nicht wissen könne, ob man ihn nicht nachher bereuen müsse. Er ist von dieser Ueberzeugung namentlich in dem Punkte durchdrungen, ob der auf der Welt vorhandene Goldbestand ausreichen werde, um die Goldwährung überall da zur vollen Durchführung zu bringen, wo sie schon angenommen sei, geschweige denn ausreichen werde, wenn die Goldwährung noch auf andere Gebiete ausgedehnt werden sollte. Der Reichskanzler meint, daß man einen solchen täglich zunehmenden Goldmangel wohl ins Auge zu fassen habe. Es kommt ihm vor, wie eine Dede, die für zwei Personen nicht ausreicht, und von der sich jeder bemähe, das größere Stück an sich zu ziehen. Der fortwährende Kampf um das vorhandene Gold werde auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse aller Theilnehmer schädlich einwirken.

Der Kanzler meint, daß die äheln Folgen nicht in dem Maße der Unzulänglichkeit, sondern in dem Ueberschusse liegen. Wenn bei einer drohenden Hungersnoth vielleicht 1 Procent an den nöthigen Getreidevorräthen fehle, so liegen die Preise doch nicht bloß um dieses eine Procent, sondern alle Welt suche sich dann gegen den Mangel zu schützen, und die Preissteigerung werde in unendlich größerer Weise auf die Einzelnen wirken. Der Reichskanzler ist nach ausdauernder Beobachtung aller nach Einführung der Goldwährung hervorgetretenen Erscheinungen der Meinung, daß theoretische Betrachtungen und wissenschaftliche Berechnungen in dieser Frage werthlos seien. Nach den Erfahrungen, die in dieser Beziehung auf dem engen Raume Deutschlands gemacht worden, habe man sich über den Thalerumlauf so sehr täuschen können, daß man zu Anfang denselben nur auf 700–800 Millionen Mark geschätzt habe, während man jetzt, nachdem so viel eingegangen worden, zu der Annahme von etwa 1½ Milliarden gelangt sei. Der Kanzler besorgt, daß diese Frage eine ernstlichere Bedeutung hat, als ihr einige der Herren, namentlich Herr Bamberger beizulegen scheinen. Schließlich ist der Reichskanzler überzeugt, daß es ihm nicht obliege, in dieser Sache reglementarisch vorzugehen, daß er vielmehr alle Maßnahmen, die sich als nöthig erweisen würden, dem Bundesrath und diesem Hause unterbreiten werde. Von solcher Auffassung der Sachlage ist die Einladung zur Münzconferenz in Paris angenommen, die nicht darauf gerichtet ist, praktische Vereinbarungen herbeizuführen, sondern nur zu einer Besprechung dieser Frage bestimmt ist. Die Einladung ist ohne Prajudiz für unser Vorgehen angenommen. (Beifall.)

Hg. v. Kardorff: Ich würde nach der Erklärung des Herrn Staatssecretärs auf jede weitere Ausführung verzichten, wenn ich nicht wenigstens eine der Bemerkungen des Hg. Delbrück richtig stellen müßte. Derselbe behauptete, daß die Entwerthung des Silbers vorzugsweise daraus zu erklären sei, daß die englischen Sendungen von Silber nach Asien durch die Council bills ersetzt worden seien. Soeben weist mich gegenüber jenseitig nach, daß der Einfluß der Silberverkäufe nach Asien auf den Preis des Silbers so gering gewesen, daß trotz gesteigerter Ausfuhr der Werth des Silbers gesunken sei. Den Hg. Bamberger erinnere ich daran, daß sämtliche Voraussetzungen, von denen er bei der Einführung unserer Goldwährung ausgegangen ist, sich nicht bewahrheitet haben. Er behauptete damals, alle Culturländer würden gewonnen sein, zur Goldwährung überzugehen; das Beispiel Amerikas beweist das gerade Gegenteil. Er nahm ferner an, daß vorhandene Gold werde ausreichen, nicht allein unsern, sondern auch den Bedarf aller anderen Länder zu decken; angeht die erhebliche Verringerung der Ausbeute in Amerika wird dies Niemand mehr glauben. Endlich hat der Hg. Bamberger behauptet, daß das Verhältnis des Silbers zum Golde wie 1 zu 15½ ein dauerndes sei, und somit ein Fallen des Silberpreises in Folge der Einführung unserer Goldwährung bestreite. Die Erfahrung hat auch hier das Gegenteil gelehrt. Unter solchen Umständen habe ich es mit Freude begrüßt, daß Deutschland sich bereit erklärt hat, die Münzconferenz in Paris zu besuchen. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, zu einem geeigneten Abkommen zu gelangen, welches die Interessen Deutschlands in vollem Umfange wahr. Sollte England zu einem Uebereinkommen nicht die Hand bieten, so würde ich es allerdings nicht für zweckmäßig halten, an der Einstellung der Silberverkäufe unbedingt festzuhalten. Es würde genügen, einen geringen Betrag unseres Silbers an den Markt zu bringen, um den Preis desselben erheblich zu werfen. England würde hierdurch, wie in dem dortigen Parlament ausdrücklich anerkannt worden ist, auf das Empfindlichste betroffen werden.

Hg. Sonnemann: Ich habe nur noch das Wort genommen, um meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß wir nach der Erklärung des Vertreters der Regierung auf dem Pariser Congresse lebhaft als Courtiois erscheinen werden, um die dortigen Verhandlungen ad referendum zu nehmen. An den Abschluß eines internationalen Münzvertrages ist somit vorläufig nicht zu denken. Daß England seine Valuta nicht ausgeben wird, steht von vornherein fest. Wenn die Regierung erklärt, daß der status quo bis zu einem anderweitigen Beschluß des Reichstages unbedingt aufrecht erhalten werden solle, so halte ich eine solche Versicherung doch nicht für unbedenklich, und der Reichstag kann die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen. Selbst der Vorredner, der Führer der Bimetallisten, hat bereits anerkannt, daß Verhältnisse eintreten können, unter denen die Wiederaufnahme der Silberverkäufe rathlich erscheint. Will die Regierung in Paris den übrigen Staaten entgegenkommen, so kann sie allenfalls die Verpflichtung übernehmen, jährlich nicht mehr als 50 Millionen Mark Silber zu verkaufen. Hierdurch würde die allseitige Furcht, daß wir plötzlich den Markt überfluteten, beseitigt. Ueber diese Zusage hinaus dürfen wir keinen Schritt gehen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen und die Denkschrift durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Am 5 Uhr vertagt sich das Haus bis Freitag 12 Uhr. (Marine- und Militäretat.)

Berlin, 10. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Hauptmann Buchholz im Gienabahn-Regiment und dem katholischen Pfarrer Maiz zu Waden im Kreise Leobisch den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Comptoirgehilfen Wilhelm Brunenwald zu Bleiche bei Groß-Almsleben im Kreise Wolmirstedt, dem bismarckischen Schulen Directoren in Radel im Kreise Ruppin, dem Gemeindevorsteher und Kirchenältesten Papenbrod zu Wladisch desselben Kreises, dem Gemeindevorsteher Budowitz zu Groß-Böbbern im Kreise Cottbus und dem Hausvater des Rettungshauses zu Berlin im Kreise Solbitz, Berg, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Fabrikarbeiter Wilhelm Wärmann zu Altena die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungsrath Deutner in Danzig zum Präsidenten der General-Commission für die Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen in Bromberg ernannt und dem praktischen Arzt Dr. Reumann in Ologon den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der praktische Arzt Dr. von Heyne, zur Zeit in Kruschiw, ist zum Kreisphysikus des Kreises Tempin ernannt worden. Dem ordentlichen Lehrer von Sanden am Gymnasium zu Rempen ist der Titel Doct. lehrer verliehen worden.

Berlin, 10. März. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heute Vormittag den Vortrag des Chefs des Militärcabinetts, General-Lieutenant und General-Adjutanten von Albedyll entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war heute in einer Vorstandssitzung des Frauen-Lazarth-Vereins anwesend.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und empfing den Generalen in Oldenburg, Prinzen zu Sienburg.

[Ihre Kaiserliche und Königl. Hoheit die Kronprinzessin] besuchte mit Ihren Königl. Hoheiten der Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen das Kunst-Gewerbe-Museum. Abends wohnten die Höchsten Herrschaften sowie die Prinzessin Christian und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen dem Concert in der Singakademie bei. (R.-A.)

— Berlin, 10. März. [Zur Ministerkrise. —] Ausichten für die Vorlage über Verlängerung der Etatsperiode. Bezüglich der Ministerkrise ist noch immer nichts entschieden. Fest steht nur, daß der Kaiser das Verbleiben des Herrn von Puttkamer an der Spitze des Cultusministeriums wünscht und dies auch den persönlichen Neigungen des Ministers entspricht, während Fürst Bismarck ihm das Portfeuille des Innern übertragen möchte. Eine neue Version will wissen, das Provisorium in der Verwaltung des Innern werde bis zum Schluß der Reichstagsession dauern und Herr von Söpler dann Minister des Innern werden, während von Puttkamer an der Spitze des Cultusministeriums verbleibe. (Diese Mittheilungen stehen theilweise im Widerspruch mit den Nachrichten des „B. Z. B.“) — Die Ueberweisung der Vorlage wegen Einführung zweijähriger Statsperioden in eine Commission will man noch nicht als Maßstab für das endgültige Schicksal der Vorlage ansehen, man glaubt im Gegentheil, dieselbe werde entweder in der Commission abgelehnt, oder falls die Commission, wie mit Sicherheit vorauszusetzen ist, darauf besteht, daß der Reichstag alljährlich berufen wird, von der Regierung als unannehmbar erklärt werden.

□ Berlin, 10. März. [Politische Chronik.] Zwei Aeußerungen von Regierungsorganen sind es vor Allem, welche heute in ihrer Bezugnahme auf die jüngsten Vorgänge von Bedeutung sind. Was die liberale Presse von Anfang an richtig herausfachte, daß des Fürsten Bismarck Angriff auf die Berliner Stadtverwaltung lediglich ein Wahlspruch gewesen, wird von der „Provinzial-Correspondenz“ mit bürren Worten zugegeben. „Fürst Bismarck hat durch sein persönliches Eintreten in den Kampf Allen die Bedeutung und Wichtigkeit der Lage nahe gelegt; möge man hierin ein Signal erblicken zum Sammeln und Ordnen.“ Daß es bei diesem Eintreten des Kanzlers sein Bewenden nicht haben wird, liegt auf der Hand. Man darf sich auf einen gewaltigen Ansturm der conservativen-orthodoxen Elemente gefaßt machen. Rechnet doch die Kreuzzeitung in ihrem Leitartikel ganz bestimmt heraus, daß die Vorlagen wegen Einführung der zweijährigen Reichstags-Statsperiode, selbst wenn sie diesmal abgelehnt werden sollen, wieder vor den nächsten Reichstag gebracht werden soll, um dann selbstverständlich Annahme zu finden. Die heutige Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern, und zwar mit 127 gegen 111 Stimmen, hat sich nur dadurch bewerkstelligen lassen, daß die Conservativen ihre säumigen Mitglieder durch den Telegraphen zusammenberiefen. Wichtiger ist es, daß die große Masse des Centrums, wie man es nach den Aeußerungen von Peter Reichensperger erwarten durfte, sich entschlossen hat in der neuesten Phase der Wirtschaftspolitik für den Fürsten zu votiren. Die jüngste freundlichere Gestaltung der Verhandlungen zwischen dem Vatican und der Regierung müsse daher schließlich doch noch auf die Zustimmung der Centrumsführer rechnen können, trotzdem sie über ihre Köpfe hinweggeführt wurden. In gewissen national-liberalen Kreisen hat man sich dann auch bereits wieder die Frage vorgelegt, ob man nicht, trotz der Rede des Abgeordneten von Bennigsen dem Reichskanzler einige Zugeständnisse machen solle, um die Allianz mit dem Centrum zu durchbrechen. Als ob der Fürst sich mit einem Sperling auf dem Dache begnügen würde, wo es ihm so leicht fällt, ein ganzes Duzend in der Hand zu haben.

[Das Gesetz, betreffend die Beilegung des Staates bei dem Bau einer Eisenbahn von der Wilhelmsbahn unweit Rhyndorf oder Orzeske nach Sopron, von der Wilhelmsbahn unweit Rhyndorf nach Loslau, von Oppeln nach Reisse mit Abzweigung von Schiedlow nach Grottau und von Kreuzburg über Lublin nach Tarnowitz vom 23. Februar 1881] wird im „Reichsanzeiger“ publicirt.

Frankreich.

○ Paris, 8. März. [Die Wahlreform. — Senat. — Die neue Anleihe. — Legitimistensammlung.] Es scheint nicht, daß die Verständigung zwischen den „beiden Präsidenten“ eine so vollständige gewesen, wie es die „Agence Havas“ behauptete. Es scheint nicht, mit anderen Worten, daß es Gambetta gelungen ist, Jules Grevy von den Vorjagen der Listenabstimmung zu überzeugen. Das Journal „La Pair“, das bekanntlich, wenn auch mit diplomatischer Vorsicht, die Ideen des Präsidenten der Republik wiederzugeben pflegt, bringt heute einen Artikel, der das System der Listenwahlen entschieden bekämpft. Und zwar besteht das Hauptargument des präbidentellen Organs gerade in jener Erwägung, welche Gambetta in seiner Unterredung mit Jules Grevy so nachdrücklich widerlegt haben soll: „La Pair“ misstraut dem plebisitarischen Charakter der Listenwahlen und fürchtet, daß ein Präsident, ein ständiger General oder ein ehrsüchtiger Staatsmann, der selbst ohne sein Zutun, in einer großen Zahl von Departements gewählt worden, einen allzu unwiderstehlichen Einfluß erlangen könnte. Auf der andern Seite will man auch in einem Artikel der „Unité nationale“ einen Angriff Gambettas gegen Grevy entdecken. Die „Unité nationale“ gehört zu den Journalen, die jüngst von den Freunden des Kammerpräsidenten gegründet worden. Sie holt ihr Stimmwort im Palais Bourbon. Ob darum Gambetta persönlich dem erwähnten Artikel beizuliegen hat, bleibt trotzdem zweifelhaft. Zimmerlin deutet er an, daß im Palais Bourbon eine gewisse Bestimmung gegen Grevy herrsche. Die „Unité nationale“ spricht dem Präsidenten der Republik das Recht ab, in der Frage der Wahlreform, die bloß von der Kammer abhängt, eine Meinung kundzugeben. Der große Streit um das Wahlsystem ist, wie man sieht, bei Weitem nicht geschlichtet, im Gegentheil entbrennt er immer heißer. Auch im Senat beschäftigt man sich sehr angelegentlich mit dieser Frage und in der Linken der oberen Kammer haben die Pläne Gambettas viele Gegner. Die parlamentarischen Tagesverhandlungen sind inzwischen ziemlich monoton und gewinnen den Landesverratern selber keine Heilnahme ab. Der Deputirte Thomson sollte heute an den Ministern des Innern eine Anfrage über allerlei Vorfälle in Algerien (besonders über die widerrechtliche Sequestration einer Anzahl von Arabern in Biskra) richten; aber die Sache schien ihm und seinen Freunden wichtig genug, um die Anfrage in eine Interpellation zu verwandeln. Unter diesen Umständen hat der Minister eine Vertagung der Debatte bis zum 17. d. verlangt, an welchem Tage der General-Gouverneur von Algerien, Alb. Grevy, in Paris angekommen sein wird. Der Ausfall ist ihm bewilligt worden. — Im Amtsblatt und an den Pariser Straßenecken ist heute die Ankündigung zu lesen, daß der Finanzminister Magnin am 17. März die öffentliche Subscription auf eine Anleihe von einer Milliarde in 3procentiger amortisirbarer Rente eröffnen wird. Die Börse und

das Publikum waren bekanntlich seit lange auf dieses Anlehen, dessen Ertrag für die Fortsetzung der de Freycinet'schen Bauten bestimmt ist, vorbereitet, und man zweifelt nicht, daß die geforderte Summe stark überzeichnet werden wird, um so mehr, als der Emissionspreis auf 83 1/2 festgesetzt ist, die neuen Titel aber, Dank der Amortisationsprämie, einen um etwa 3 Frs. höheren Werth haben, als die perpetuelle 3procentige Rente, die an der Börse jetzt mit 85 Frs. bezahlt wird. Die amortisirbare Rente war freilich bisher beim großen Publikum nicht recht beliebt, aber man rechnet darauf, daß ihre Popularität zunehmen wird, je größere Ausdehnung der neue Rententypus erhält. — Auf dem Schlosse Limoges bei Vannes findet heute die mehrfach angekündigte Legitimistensammlung statt. Nach den letzten Berichten schickte Herr de Mun sich eben an, seine Rede zu halten. Die hiesigen politischen Kreise erwarten eine hyper-royalistische Kundgebung, und es heißt, daß de Mun sich unter Anderem gegen die allzu gemäßigten Politik des päpstlichen Nuntius auflehnen werde. Der Clerus ist denn auch nur schwach bei dem Meeting in Limoges vertreten. Die Vorsicht verbietet ihm, sich zu weit mit de Mun und Genossen einzulassen.

Provinzial-Beitung.

— ch. Rauban, 10. März. [Hochwasser.] In Folge anhaltenden Regenwetters und der eingetretenen Schneeschmelze sind der Queis und der Alt-Rauban zu einer Höhe angeschwollen, welche fast der Wasserhöhe bei den Vollenbrüchen vom vorigen Jahre gleichkommt. Das weite Thal des Queis gleicht einem großen See, aus welchem Bäume und Sträucher nur mit ihren Spitzen herborragen. Sollte das Wasser noch höher steigen, und das dürfte zu erwarten sein, da in den letzten Tagen bedeutende Schneemassen auf dem Gebirge fielen, so dürfte das Hochwasser wieder solchalen Schaden anrichten. Auch der Alt-Rauban ist weit über seine Ufer getreten, und steht das Thal von Rauban bis Lichtenau vollständig unter Wasser. Viele Leute mußten ihre Wohnungen räumen, da das Wasser in die unteren Räume einbrang. Die neu angelegte Ghauffee unter den Weiden am Queis ist vollständig unter Wasser gesetzt und dürfte der angerichtete Schaden ein nicht unbedeutlicher sein. Auch anderwärts dürfte das Hochwasser bedeutenden Schaden angerichtet haben.

△ Steinau, 10. März. [Eisgang.] Schneller als zu erwarten war, hat sich die Eisberührung oberhalb Dieban gelöst. Bereits am Abend des selben Tages, an dem hier das Eis abgegangen, trat gegen 7 resp. 9 1/2 Uhr und am gestrigen Morgen gegen 6 Uhr Eisgang ein, wodurch das Sirombett der Ober oberhalb von hier bis Neugitz bei Malisch frei geworden. Trotz des rapiden Abflusses der niedergegangenen Schneemassen und des eingetretenen Regenwetters ist ein Wachen der Ober nicht zu bemerken. In Folge des seiner Zeit plötzlich eingetretenen Winters haben diesmal in unserem Hafen außergewöhnlich viel Overtahne Winterquartiere bezogen, von denen gegenwärtig mehrere befreit werden. Heute Abend von 7 Uhr ab, bei 1 Fuß Hochwasser, bedeutender Eisgang, wahrscheinlich von einer Eisberührung bei Dybernburg herrührend.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Dresden, 10. März. Das Wasser ist seit Mittag bei 426 Centimeter über normal stehen geblieben; bei Bergung der gefährdeten Baarenlager wurde vom Militär Beistand geleistet.

Dresden, 10. März. Das Dresdener Comité zur Wahrung der Interessen der Prioritäts-Obligationäre der Prag-Duxer Eisenbahn beschloß heute mit großer Majorität in Uebereinstimmung mit dem Votum der Vertrauensmänner, den Antrag der Dresdener Bank auf Regelung der finanziellen Verhältnisse der Prag-Duxer Bahn einer demnächst einzuberufenden General-Versammlung der Prioritäten-Inhaber als annehmbar anzupfehlen.

Brüssel, 10. März. Kammer. Der Deputirte Woeffe wurde wegen einer die Disciplin der Armee angreifenden Aeußerung vom Präsidenten Guillery aufgefordert, die Aeußerung zurückzunehmen. Woeffe nahm die Aeußerung zurück. Guillery erachtete den Zwischenfall für erledigt, der Minister Frère Orban beantragte aber unter Beifall der Majorität den Ordnungsruf gegen Woeffe. Der Präsident weigerte sich, den Antrag zur Abstimmung zu bringen und gab seine Demission.

London, 10. März, Nachts. Unterhaus. Diffe beantwortet mehrere Fragen. Er erklärt, es fand jüngst kein Schriftwechsel mit den Unterstaatssekretären des interoceantischen Canals statt, die Frage sei noch für eine Action unreif. Die jüngst in einem Buche aufgestellte Behauptung, Rußland habe sich durch den geheimen Vertrag vom 31. Mai 1878 feierlich anheischig gemacht, die russische Grenze Kleinasien nicht auszubehnen, sei ungenau, er könne aber ohne Zustimmung beider Parteien seiner Antwort vom 28. Mai 1880 über die vertraulichen Communicationen zwischen dem vorigen Cabinet und der russischen Regierung nichts hinzufügen. Daß die Ensdafrage dem Schickel ul Islam überwiesen, sei ihm nur durch die Behauptung des Anwalts Leys bekannt. Gladstone erklärt, bezüglich des Wertes der empfangenen Einladung zur Münz-Conferenz sei eine Schwierigkeit entstanden, sie scheine voraus entscheiden die Conclusion über die Einführung der Doppelwährung zu involviren und die Debatte auf die Form und Mittel der Einführung zu beschränken. Die Regierung könne eine solche vorausgesetzte Conclusion nicht annehmen, und keine Hoffnung auf die Einführung der Doppelwährung in England machen. Sie würde gerne der Konferenz anwohnen, wenn dies, ohne Mißverständnis über ihre Absichten zu erregen, geschehen könne. Die Regierung willigte ein, daß Wood, wenn möglich, in die Verlängerung der Waffenruhe mit den Boern willigte. Er könne nicht das Resultat der jetzigen Communicationen mit den Boern sicher voraussagen, aber die Regierung sei eingedenk der zu wahren Interessen. Seit der Thronrede sei viel vorgekommen, unter andern der Vorschlag des Chefs der Boern, auf Erneuerung der königlichen Commission zum Zweck der Prüfung der Frage. Hartington antwortet Dnslow, nachdem Dnslow Gladstone die Antwort betreffs Candahar gegeben hatte, traf ein Telegramm der indischen Regierung ein, daß die Vorbereitung zur Räumung Candahars bereits begonnen habe. Er glaube nicht, daß der Rückzug sofort erfolgen werde. Grantuff erklärt, der Gouverneur der Goldküste melde, der König der Asantis versichere seine Freundschaft, trotzdem sei der Zustand noch nicht ganz befriedigend. Der Antrag Gladstone's, wonach die Debatte über den Bericht der Waffenbill um 10 Uhr schließen müsse, wird mit 347 gegen 30 Stimmen angenommen.

Belgrad, 10. März. Der Eisenbahnanschuß der Stupskiina hat nach fünfjähriger Generaldebatte die mit Bontour vereinbarten Verträge mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Eisenbahnconvention gelangt nunmehr nächsten Montag zur Berathung im Plenum. Das gesammte Ministerium hat für den Fall, daß die Verträge von der Stupskiina abgelehnt werden sollten, seine Demission in Aussicht gestellt.

Triest, 10. März. Der Lloyd-Dampfer „Aurora“ ist heute Nachmittag aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(B. Z. B.) Paris, 10. März, Abends. [Boulevard] 3 1/2 Rente. —. Neuette Anleihe 1872 121, 10. Rente 13, 15. Neue Egyptier 361, 87. Banque ottomane. —. Italiener 89, 60. Chemins. —. Deister. Goldrente. —. Ungar. Goldrente 97, 81. Spanier erster. 21, 31. inter.

Staatsbahn. —. Lombarden. —. 1877er Russen. —. Türkenloose. —. Türken 1873. —. Amortisirbare. —. Orient-Anleihe. —. Barifer Bank. —. Rubig. Frankfurt a. M., 10. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 515. Barifer Wechsel 81, 02. Wiener Wechsel 174, 50. Köln-Mindener-Stamm-Actien 151 1/2. Rheinische Stamm-Actien 163 1/2. Hessische Ludwigsbahn 93 1/2. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131 1/2. Reichsanleihe 101 1/2. Reichsbank 146. Darmstädter Bank 146 1/2. Meiningen Bank 97. Decker-Lungarische Bank 707, 00. Creditactien 259 1/2. Silberrente 66. Papierrente 63 1/2. Goldrente 78 1/2. Ungarische Goldrente 97 1/2. 1860er Loose 123 1/2. 1864er Loose 312, 20. Ungarische Staatsloose 223, 50. Ungar. Odbahn-Obligat. 11, 89. Böhmische Westbahn 224 1/2. Elisabethbahn 177 1/2. Nordwestbahn 173 1/2. Galizier 238 1/2. Franzosen 253 1/2. Lombarden 91 1/2. Italiener. —. 1877er Russen 94 1/2. 1880er Russen 76 1/2. II. Orientanleihe 61. III. Orientanleihe 60 1/2. Central-Pacific. —. Wiener Bankverein 110 1/2. Kronpr. Rudolf. —. Ungarische Papierrente. —. Elbthal. —. Lothringer Eisenwerke. —. Privat-Discont. —. p. Ct. Spanier. —. Referbirt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 259 1/2. Franzosen 253 1/2. Galizier. —. Lombarden. —. Ungar. Goldrente. —. 1880er Russen. —. II. Orientanleihe. —. III. Orientanleihe. —. Decker-Lungar. Bank. —. *) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 10. März, Nachm. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 101 1/2. Hamburger St.-B.-A. 126 1/2. Silberrente 66 1/2. Deft. Goldrente 78 1/2. Ung. Goldrente 97 1/2. Credit-Actien 260. 1860er Loose 124. Franzosen 633. Lombarden 228 1/2. Ital. Rente 89. 1877er Russen 94. 1880er Russen 75. II. Orient-Anl. 59. Laurahütte 112. Norddeutsche 162 1/2. 5 1/2 Amerik. 93 1/2. Rhein. Eisenbahn 163. do. junge 157. Berg.-Märkische do. 114. Berlin-Hamburg do. 226 1/2. Altona-Kiel do. 156 1/2. Discont. 1 1/2. Still.

Hamburg, 10. März, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unbed. ändert, auf Termine fest. Roggen loco unbed. ändert, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 209, 00 Br., 208, 00 Gd., pr. Juni-Juli 214, 00 Br., 213, 00 Gd. Roggen pr. April-Mai 190, 00 Br., 189, 00 Gd., pr. Juni-Juli 186, 00 Br., 185, 00 Gd. Hafer und Gerste unbed. ändert. Rüböl ruhig, loco 54, 50, pr. Mai 54, 50. Spiritus still, pr. März 47, 75 Br., pr. April-Mai 47, 50 Br., pr. Juni-Juli 47, 50 Br., pr. September-December 47, 50 Br. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum flau, Standard white loco 8, 75 Br., 8, 50 Gd., pr. März 8, 75 Gd., pr. August-December 8, 50 Gd. Wetter: Sehr trübe.

Hofen, 10. März. Spiritus pr. März 53, 00, pr. April 53, 40, pr. April-Mai. —, pr. Juli 55, 20. Get. —. Vter. Fester.

Liverpool, 10. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Baumwolliger Umsatz 8000 Ballen. Steiger. Tagesimport 9000 Ballen, davon 8000 B. amerikanische. Middl. amerikanische Mai-Juni-Lieferung 6 1/2 D.

Liverpool, 10. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Steig. Middl. amerikanische März-April-Lieferung 6 1/2, April-Mai-Lieferung 6 1/2 D.

Leff, 10. März, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und auf Termine fester, pr. Frühjahr 11, 20 Gd., 11, 25 Br., pr. Herbst 10, 25 Gd., 10, 30 Br. Haier pr. Frühjahr 6, 30 Gd., 6, 32 Br. Mais pr. Mai-Juni 5, 85 Gd., 5, 87 Br. Rohraps 12 1/2. —. Weiter: Regen.

Paris, 10. März, Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. März 28, 80, pr. April 28, 60, pr. Mai-Juni 28, 50, pr. Mai-August 28, 10. Roggen ruhig, pr. März 22, 00, pr. Mai-August 21, 25. Wehl fest, pr. März 62, 25, pr. April 62, 00, pr. Mai-Juni 61, 75, pr. Mai-August 61, 00. Rüböl ruhig, pr. März 72, 00, pr. April 72, 50, pr. Mai-August 73, 75, pr. September-December 74, 75. Spiritus behauptet, pr. März 62, 00, pr. April 61, 75, pr. Mai-August 60, 25, pr. September-December. —. Weiter: Veränderlich.

Paris, 10. März, Nachmittags. Rohzucker 88° loco rubig, 56, 50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. März 67, 10, pr. April 67, 30, pr. Mai-August 67, 50.

London, 10. März, Nachm. Savannazucker Nr. 12 23 1/2. Stetig.

Antwerpen, 10. März, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen still. Haier fest. Gerste unbed. ändert.

Antwerpen, 10. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 1/2 beg. und Br., pr. April 22, 22 Br., pr. September-December 22 1/2 Br. Weichend.

Bremen, 10. März, Nachmittags. Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 60, pr. April 8, 35, pr. Mai 8, 30, pr. August-December 8, 75. Alles bezahlt.

Handel, Industrie u.

Berlin, 10. März. [Börse.] Die Börse zeigte heute eine etwas freundlichere Physiognomie, welche indeß weniger in der Lebhaftigkeit der Umsätze und den Courfen, als in der größeren Zurückhaltung der Verkäufer zum Ausdruck kam. Von den gestrigen Bestimmungsmoden, der griechischen Frage und der Pest in Kleinasien war nicht mehr die Rede, dagegen legte man ein wenig Gewicht auf die sehr feste Haltung des Barifer Places, welcher die Steigerung der Rentencourfe ununterbrochen fortsetzt. Daß die günstige Strömung der Barifer Börse sich lediglich auf dortige Renten concentrirt, beeinträchtigt naturgemäß die generelle Wirkung derselben, weil die internationalen Bapiere nunmehr in den Hintergrund gedrängt werden. Dies hat sich, da die dortige Prolongation trotz der Erhöhung der Reporitäts seitens der Banken einen leichten Verlauf genommen, bedeutend erholt und von der heutigen Vorbörse mit wesentlich besseren Courfen, welche für Credit 1,30 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ für Franzosen $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ für Galizier und Elbthal $\frac{1}{2}$ resp. 2,30 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ höher lauteten, ausgemerzt. Wenn wir trotzdem eine feste Haltung unserer Speculation nicht constatiren können, so liegt der Grund einerseits in der Furcht derselben, durch ungünstige Nachrichten politischer Natur überrascht zu werden und andererseits in der Schwierigkeit, die schwebenden Hausengagements mit Vermeidung eines Coursbruchs zu realisiren. Verhältnismäßig günstig disponirt heute der Localmarkt, Montanwerte wurden zu gestrigen Preisen gut umgesetzt, inländische Bahnen waren Kleinigkeiten besser, Banken, mit Ausnahme der Actien der Deutschen Bank, ziemlich fest. Auf dem internationalen Markte, welcher außerordentlich wenig Regsamkeit aufwies, mußten die österreichisch-ungarischen Renten ihre gestrigen Avancen fast vollständig wieder abgeben. Oesterreichische Rentenbahnen zeigten eine recht unentschiedene Haltung, während Dux-Bodenbacher auf Grund der Nachricht, daß der Vertrag wegen Uebernahme der Prag-Duxer Bahn verworfen sei, matt lagen, waren Elbthal ziemlich beliebt. Franzosen gaben auf Grund der Barifer Notirung nach, Lombarden waren in Folge ihrer vorwöchentlichen Mindereinnahme in Höhe von 58,788 $\frac{1}{2}$ angeboten. Creditactien konnten ihr gestriges Niveau behaupten, da das Project der Uebernahme des türkischen Tabaks-monopols durch die Creditanstalt wieder lebhafter discutirt wurde. Russische Anleihen blieben ziemlich fest, obgleich von London wesentlich niedrigere Notirungen für dieselben vorlagen. Russische Noten kamen nur wenig in den Handel. Rumänische Rente stellte sich etwas besser, da das letzthin verbreitete Gerücht, nach welchem die rumänische Regierung dem Herrn von Rauffmann eine hohe Entschädigungssumme zugestimmt habe, überall keinen Glauben fand. Das Mißbehagen, unter welchem die Speculation stand, brachte im weiteren Verlaufe der Börse eine generelle Abmilderung in der Tendenz hervor, gleichzeitig erfuhr die obeneben schon minime Geschäftsbetheiligung eine relativ weitestehende Berringerung. Alle Werthe gaben im Laufe nach, doch war der Rückgang nur auf dem Bank- und Montangebiete von nennenswerther Bedeutung. Schluß still. Franzosen offerirt wegen Verlängerung der Teichbahnlinien bis Pest.

Courfe am 2 1/2 Uhr: Schwach. Credit 520,00, Franzosen 507,00, Lombarden 184,00, Reichsbank 146,30, Disconto-Comm. 176,00, Handels-Gesellschaft. —, Laurahütte 112,50, Dortmund Union 88,12, Bergische 113,87, Rumänische Rente 93,12, Türken 13,12, Italiener 89,50, Oesterreichische Gold-Rente 78,25, dito Silber-Rente 66,00, dito Papier-Rente 63,87, Ung. Goldrente 97,37, 5proc. Russen 1877 96,25, 4proc. do. 1880er 76,12, Rln.-Mindener. —, Rheinische. —, II. Orient-Anleihe 60,87, do. III. 60,62, Russ. Noten 212,75, Wiener Bankverein 121, —, Buschlebrader 73,25, Subindischenanleihe 94,80, Südtirolische. —.

Coupons. (Course nur für Westen.) Decker. Silber-Coup. 174,30 beg., do. Eisenbahn-Coupon 174,30 beg., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. t. Wien, Amerikanische Gold-Doll.-Bonds 4,2025 Gd., do. Prioritäts 4,2025 Gd., do. Papier-Dollar 4,2025 Gd., 6 1/2 New-York-City 4,2025 Gd., Russ. Central-Boden min. —. Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 60 Pf. t. Bet., Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,53 beg., 1822er Russen. —, Gr. Russ. Staatsb. —, beg., Boden-Credit. —, beg., Warschau-Wiener Comm. —, beg., Warschau-Teresopol. —, beg., 3 1/2 und 5 1/2 Lombarden min. —. Pf. Paris, Duxer in Paris zahlbar min. —. Pf. Paris, Holländische min. —. Pf. Amsterdam, Schweizer min. —. Pf. Paris, Belgische min. —. Pf. Brüssel, Berl. Hfr.-Obligat. 20,44 beg.

Fonds- und Gdcourse.		Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	101,30 bz	Amsterdam 180 Fl.	8 T 3 169,15 bz
Consolidirte Anleihe	105,70 bz B	do.	2 M 3 113,75 bz
do. do. 1876	101,40 bz G	London 1 Lstr.	8 T 3 20,80 bz
Staats-Anl.	100,30 bz	do.	3 M 3 20,35 bz
Staats-Schuldversch.	98,80 bz	Paris 100 Frs.	8 T 3 81,10 bz G
Präm.-Anleihe v. 1855	153,00 bz B	do.	2 M 3 80,65 bz
Berlin-Stadt-Obliq.	104,00 G	Petersburg 100 Sr.	2 M 3 21,00 bz
Wien-Anl.	104,00 G	do.	3 M 6 21,05 bz
Kommersche	91,60 B	Warschau 100 Sz.	8 T 6 21,02 bz
do.	100,40 bz	Wien 100 Fl.	8 T 4 174,70 bz
do.	101,60 bz	do.	2 M 4 173,75 bz
do. Lsch. Cred.	—		
Posenische	99,90 bz G		
Schlesische	92,40 bz		
Landschaftl. Central	160,10 bz B		
Kur-u. Neumark.	100,50 bz		
Kommersche	100,60 B		
Posenische	100,19 bz		
Preussische	100,20 B		
Wettin u. Rhein	100,40 B		
Sächsische	100,75 bz		
Schlesische	100,60 bz		
Baierische Präm.-Anl.	135,75 bz		
Baierische Präm.-Anl.	135,10 G		
do. Anl. v. 1875	101,20 B		
Cöln-Mind.-Prämiersch.	131,60 bz		
Sächs. Reste von 1875	79,20 bz		
Hypotheken-Certifikate.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Krupp'sche Partial Obli.	109,25 bz	Divid. pro 1879	1880
Unik. Pf. d. Pr. Hyp.-B.	104,10 bz	Aachen-Mastricht	9/4 — 4 35,10 bz
do. do.	102,75 bz	Berg-Märkische	4/4 — 4 113,75 bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pf.	102,00 bz G	Berlin-Anhalt	5 — 4 118,40 bz
do. do.	103,90 bz G	Berlin-Breslau	0 — 4 16,80 bz G
Unik. Cred.-Bd. (1872)	106,30 B	Berlin-Görlitz	0 — 4 23,80 bz
Kündb. do. rückz. 110	112,75 bz G	Berlin-Hamburg	12 1/2 — 4 227,69 bz G
do. do. do.	108,25 bz	Berl.-Feld. Magdb.	4 — 4 —
Unk. H. d. Pr. B. d. Cred.-B.	109,80 G	Berlin-Westbahn	4 1/2 4 1/2 117,00 G
Kündb. Hyp.-Schuld.	102,70 bz	Böhm. Westbahn	6 — 5 112,40 bz
Hyp. Anst. Nord-G.-R.B.	100,50 B	Bresl.-Freib.	4 1/2 4 — 4 167,80 bz
do. do. Pfandb.	106,60 B	Oest.-Minden	6 6 3 150,90 bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	107,80 bz	Dal.-Bodenbach	6 — 4 105,70 bz
do. do. II. Em.	103,60 G	Gal. Carl-Ludw. B.	7 7/38 — 4 119,25 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	122,75 bz	Halle-Soran-Gub.	6 — 4 24,70 bz
do. do. II. Em.	120,30 G	Kaschau-Oderberg	6 — 4 60,00 bz G
do. 50 Pf. Rückz. 110	104,10 bz	Kraup. Radolf.	5 — 5 62,00 bz
do. 4 1/2 do. Rückz. 110	104,10 bz	Litz.-Algh.-Borb.	9 9 — 4 28,30 bz G
Pfnd. d. Ost-Bd.-Cr.-G.	—	Magde.-Halbstr.	6 6 6 151,09 bz B
Schles. Bodener Pfandb.	104,70 G	Mans.-Ludwigsh.	4 — 4 92,25 bz
do. do.	104,60 G	Niedersch.-M.	4 4 4 100,30 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfandb.	104,40 B	Oberst.-A. C.D.E.	9 1/2 — 3 1/2 106,50 bz B
do. do.	102,50 G	do. B.	9 1/2 — 3 1/2 161,75 bz
Ausländische Fonds.		Oesterr.-Fr. St.-F.	6 — 4 510,09-509,00
Oest. Silber-B. (1 1/4 p.)	66,25 bz B	Oest. Nordwestb.	4 — 5 346,00 bz
do. Goldrente	78,50 bz	Oest. Südb. (Lomb.)	0 — 4 184,59-83,50
do. Kaplerrente	64,00 bz	Ospreus. Südb.	0 — 4 41,75 bz B
do. Bler Präm.-Anl.	—	Rechte-O.-U. B.	7 1/10 — 4 145,75 bz
do. Lott.-Anl. v. 80	123,30 bz	Reichenb.-Pax.	4 7 6 1/2 106,20 bz
do. Credit-Lose	fr. 33,50 bz	Rheinisch.	4 4 4 100,40 G
do. Gar. Loose	fr. 315,00 bz G	Rhein-Rhein-Bahn	0 — 4 12,40 bz B
Russ. Präm.-Anl.	84,50 bz	Rumän.-Eisenbahn	3 1/2 3 1/2 3 1/2 67,09 bz
do. do.	156,85 bz	Schw.-Westbahn	9 — 4 40,90 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	60,90 B	Stargard-Posen	4 1/2 4 1/2 103,10 G
do. II. do. v. 1878	61,25 etzbz B	Thüringer Lit. A.	5 1/2 — 4 171,00 bz G
do. III. do. v. 1879	60,85 bz G	Warschau-Wien	11 1/2 — 4 250,40 bz
do. Engl. v. 1871	93,48 bz B	Wilm.-Gera	4 1/2 — 4 51,30 bz
do. do. v. 1872	93,40 bz B		
do. Anleihe 1877	98,49 bz B		
do. do. 1898	76,20 bz		
do. Bod.-Cred.-Pfandb.	96,60 bz		
do. Oest. Bod.-Cred.-Pf.	95,60 bz		
Russ. Zins-Schatts-Obli.	85,25 etzbz B		
Pöln. Pfandb. II. Em.	65,80 bz		
Pöln. Liquid.-Pfandb.	57,10 bz		
Amerik. Rückz. p. 1881	p. l. J. 100,30		
do. 5 1/2 p. Anleihe	92,60 bz G		
Ital. 5 1/2 p. Anleihe	—		
Raab-Gratzer Obliq. Thlr.	93,90 etzbz G		

Berlin, 10. März. [Produkten Bericht.] Das Wetter ist regnerisch. Bei sehr schwacher Befeuchtung am Terminhain in Roggen sind die Preise heute unverändert geblieben. Die an das nasse Wetter sich anpassenden Weizen erweisen sich als unwirksam weil eben die Unternehmungslust zur Zeit beinahe gänzlich fehlt. Waare ist nur wenig angeboten und im Preise befristet. — Roggenmehl ohne Venderung. — Weizen sehr still, die Forderung für Termine hat man ein wenig erhöht. Der Handel loco ist in den geringen Sorten auch heute ziemlich rege gewesen. — Hafer loco fest, Termine still. — Kübbel war eine Kleinigkeit fester; das Angebot fand bereitwillige Aufnahme. — Petroleum flau und niedriger. — Spiritus ermattete im Laufe der Börse bei nur bescheidenem Umsatz. Waare ist heute ziemlich viel zugeführt worden.

Weizen loco 170–230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber mährischer — M. ab Bahn bez., stark defecter polnischer — M. ab Bahn bez., do. flammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., fein weiß polnischer — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß udermährischer — Markt ab Bahn bez., per April-Mai 209 Markt bez., per Mai-Juni 210 Markt bez., per Juni-Juli 211 Markt bez., per Juli-August 207 Markt Gld., per September-October 204 M. bez., Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 188–208 Markt per 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländischer mit starkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 199–204 Markt ab Bahn bez., stark defecter — M. ab Bahn bez., polnischer mit etwas Geruch — M. ab Bahn bez., flammer inländischer 188 bis 197 Markt ab Bahn bez., feiner inländischer 205–206 Markt ab Bahn und Boden bez., per März — Markt bez., per April-Mai 199–198 1/2–198 1/2 Markt bez., per Mai-Juni 192 1/2–192–192 1/2 Markt bez., per Juni-Juli 185 1/2–184 1/2–185 M. bez. u. Gd., per Juli-Aug. 175 1/2–175 M. bez. u. Gd., per September-October 169 Markt bez., Gefündigt — Gr. Kündigungspreis — Markt. — Gerste loco 145–200 Markt nach Qualität gefordert. — Hafer loco 150–170 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 151–160 Markt bez., russischer 151–158 Markt bez., pomerscher, medlenburgischer und udermährischer 158–162 Markt bez., schlesischer 158–161 Markt bez., böhmischer 158–161 Markt bez., fein weiß u. — Markt bez., neumährischer — Markt bez., galizischer — Markt ab Bahn bez., fein weiß, medlenburgischer 162 bis 164 Markt ab Bahn bez., per März — Markt bez., per April-Mai 152 M. Br., per Mai — Markt bez., per Mai-Juni 152 1/2 M. bez., per Juni-Juli 153 1/2 Markt bez., per Juli-August — M. bez., Gefündigt — Gr. Kündigungspreis — Markt. — Erbsen, Kochwaare 178–215 Markt, Futterwaare 158 bis 177 Markt. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unterkeuert incl. Sad Nr. 00: 30,00 bis 28,50 Markt, Nr. 0: 28,50 bis 27,50 Markt, Nr. 0 und 1: 27,50 bis 26,50 Markt bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unterkeuert incl. Sad Nr. 0: 29,25–28,25 Markt bez., Nr. 0 und 1: 28,00–27,00 M. — Mais loco 147–150 Markt nach Qualität gefordert, geringer neuer rumänischer — Markt ab Bahn bez., amerikanischer — Markt ab Bahn bez., neuer ungar. — M. ab Bahn bez., feiner weißer medlenburg. — M. ab Bahn bez., per März 145 M. bez., per April-Mai 132 Markt bez., per Mai-Juni 129 1/2 M. bez., per Juni-Juli 128 1/2 M. bez., Gefündigt — Gr. Kündigungspreis — M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad: per März 27,35 Markt bez., per März-April 27,20 M. bez., per April-Mai 27,10 Markt bez., per Mai-Juni 26,60 M. bez., per Juni-Juli 26 Markt bez., per Juli-August 25,15 Markt bez. Gel. — Gr. Kündigungspreis — M. — Kübbel loco pro 100 Kilo mit Fass 52,3 Markt Br., ohne Fass 52 M. Br., per März 52,1 M. bez., per März-April 52,1 M. bez., per April-Mai 52,1 M. bez., per Mai-Juni 52,6 M. bez., per Juni-Juli 53,2 M. bez., per Septbr.-October 54,7 M. bez., Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — Markt. — Leinöl 65 M. bez. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Fass 27,6 M. bez., per März 26,9 bis 26,8 Markt bez., per März-April 26,3 M. bez., per April-Mai 25,9 M. bez., per Mai-Juni — M. bez., per Septbr.-Octbr. 26,7 M. bez., Gefündigt 3000 Gr. Kündigungspreis — Markt.

Spiritus loco ohne Fass 55,2–55 Markt bez., per März 55,5–55,4 Markt bez., per März-April 55,5–55 M. bez., per April-Mai 56 bis 55,8 Markt bez., per Mai-Juni 56,2–56 M. bez., per Juni-Juli 56,4 bis 56,7 Markt bez., per Juli-August 57,5 bis 57,4 Markt bez., per August-September 57,7 bis 57,6 Markt bez., Gefündigt — Liter. Kündigungspreis — Markt.

• Breslau, 11. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert. Weizen, seine Qualitäten gut verkäuflich, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,90 bis 20,50–21,40 Markt, gelber 17,90–19,50 bis 20,40 Markt, dunkle Sorte über Notiz bezahlt. Roggen in sehr ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 19,30–20,00 bis 20,50 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt. Gerste, seine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. 14,60–15,70 Markt, weisse 16,40 bis 17,00 Markt. Hafer in ruhiger Stimmung, per 100 Kilogr. 13,80–14,20–14,80 bis 15,20 Markt, feinsten über Notiz bezahlt. Mais preishaltend, per 100 Kilogr. 13,00–13,30–13,60 Markt. Erbsen ohne Venderung, per 100 Kilogr. 17,50–18,50 bis 20,50 Markt, Victoria 20,00–21,00–21,50 Markt. Bohnen schwacher Umsatz, per 100 Kilogr. 18,50–19,50–20,00 M. Lupinen bedauptet, per 100 Kilogr. gelbe 9,30–9,60–10,00 Markt, blaue 9,20–9,50–9,80 Markt. Widen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. 12,80–13,00–14,00 Markt. Delsaaten ohne Venderung. Schlaglein preishaltend.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pi.			
Schlag-Leinsaat	26	24	58
Winterraps	23	22	75
Wintererbsen	22	22	—
Sommererbsen	23	22	—
Leinbotten	22	21	50

Rapsstüchen preisfaltend, per 50 Kilogr. 6,90–7,10 Markt, fremde 6,50–6,70 Markt. Leintüchen in ruhiger Haltung, per 50 Kilogr. 9,40–60 Markt, fremde 8,40–8,80 Markt. Kleesamen ohne Venderung, rother seine Qualitäten preisfaltend, per 50 Kilogr. 34–38–40–45 Markt, hochfeiner aber Notiz, — weißer ruhig, 38–50–60–63 Markt, hochfeiner über Notiz. Tannentee bedauptet, per 50 Kilogr. 34–42–46 Markt. Thymothee preisfaltend, per 50 Kilogr. 23–25–27 Markt. Wehl ohne Venderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,25–30,75 Markt, Roggen fein 31,00–31,75 Markt, Hausbuden 30,00–30,75 Markt. Roggen-Futtermehl 11,00–12,00 Markt. Weizenkleie 9,25–9,75 Markt.

Heu 2,80–3,00 Markt per 50 Kilogr. Roggenstroh 21,00–24,50 Markt per Schock à 600 Kilogr.

[Eine internationale Ausstellung von Kraft- und Arbeitsmaschinen für das Kleingewerbe] wird im August dieses Jahres in Altona stattfinden. Das Programm dieser internationalen Ausstellung ist folgendermaßen festgestellt: Gruppe I. Kraftmaschinen, wird demnach in der ersten Klasse Gastkraftmaschinen, in der 2. Klasse Wasserkraft, in der 3. Klasse Dampf, in der 4. Klasse Heißluft und in der 5. Klasse dynamo-elektrische Kohlenwasserstoffmaschinen und in der 6. Klasse Modelle und Zeichnungen von Kraftmaschinen enthalten. Gruppe II. Arbeitsmaschinen und Werkzeuge, weist in den verschiedenen Klassen auf: Holzbearbeitungsmaschinen für Tischler, Drechsler, Zimmerleute u. s. w.; Eisenbearbeitungsmaschinen für Schmiede, Schlosser u.; Blechbearbeitungsmaschinen für Klempner, Kesselschmiede u.; Arbeitsmaschinen für Gärtler, Gelbgießer, Zinngießer u.; Arbeitsmaschinen für Uhrmacher, Goldarbeiter, Mechaniker u.; Leberbearbeitungsmaschinen; Nähmaschinen; Webstühle; Rundstühle; Riemenantriebe; Schlauchstühle und Maschinen für Tischdecken; Spul- und Zwirnmaschinen; Hans-, Brech-, Hefel- und Seilmaschinen; Aufzugs- und Aufzugsmaschinen; Ventilationsmaschinen; Farberei- und Färbemaschinen; Maschinen für Töpfer und Glasbläser u.; Steinbearbeitungsmaschinen; Formbearbeitungsmaschinen; Maschinen für Mäher, Wäder, Conditoren u.; Maschinen für Buchdrucker, Lithographen, Photographen u.; Maschinen für Buchbinder u.; Maschinen für Cigarrenarbeiter; Maschinen für Schlächter; Maschinen zur Vereinfachung von Eis, Mineralwasser u.; Maschinen zur Herstellung von Drahtstiften, Schrauben, Nadeln, Nägeln u. und Transmissions-Gegenständen; so weit sie für Arbeitsmaschinen erforderlich sind. Gruppe III umfasst Erzeugnisse, welche mittelst der Maschinen und Werkzeuge der Gruppe I und II hergestellt werden und zwar: Holzarbeiten, Eisenarbeiten, Klempnerarbeiten und Schuhwaren, Erzeugnisse der Textilindustrie, Erzeugnisse der Buchdruckerei, Buchbinderei, Porzellan- und Glas- und allgemeine Gegenstände. Gruppe IV ist bestimmt für Maschinen und Geräte für die Molkerei, Maschinen und Geräte für Butter- und Käsebereitung, Maschinen und Geräte für die Milchwirtschaft, während Gruppe

Patent-Erfindungen.

Neuerungen im Färben von Baumwolle und an den zugehörigen Maschinen: M. Nengers in Berlin. — Rotirender Motor: F. B. Zimmermann in Köln. — Gebläseform für Löh- und Schmiedefeuer: Schumann und Mühlbauer in Glauchau in Sachsen. — Apparat zum continuirlichen Appretiren von Seide, Marly-Bägen und ähnlichen Geweben: F. A. Breker in Blauen in Sachsen. — Apparat, um photographische Aufnahmen im Freien mit nassen Colloidum-Blättern machen zu können (vom Erfinder genannt: Magicograph): L. Vanderwerre in Brüssel. — Gehrungsäge: J. Bräutigam in Nürnberg. — Kreissegment-Schnitz-Pressen: Halle'sche Maschinenfabrik und Eisengießerei N. Nibel in Halle a. S. — Haarnadeln, welche in der Biegung flach gedrückt sind: H. A. Dubois in Düren. — Neuerungen an Maschinen zum Waschen, Walzen und Einstricken: C. G. Müller in Berlin und B. Gumpert in Fürstenwalde. — Dampfmaschinenheizung, bei welcher die Dampfertheilung von einem hinten und hergehenden, die Absperrung, bezw. Expansion durch einen rotirenden Kolben erfolgt: P. Steffen in Haardt a. d. Sieg. — Neuerungen an dem patentirten Siederkessel für Dampfessel: J. Reimann in Paris.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 10., 11.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.).....	+ 6° 5	+ 5° 8	+ 1° 0
Luftdruck bei 0°.....	739 '7	742'' 0	745'' 0
Dampfdruck (mm).....	6,7	5,4	4,8
Dunstfättigung (Pct.)..	93	79	98
Wind	NW. 2.	NW. 3.	NW. 1.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.
Am Regen.			

Wasserstand. Breslau, 11. März. D.-H. 5 M. 86 Cm. U.-S. 1 M. 78 Cm.
 10. März. D.-H. 5 M. 46 Cm. U.-S. — M. 70 Cm.
 Eis stand.

B e r i c h t e s.

[Das Luisendenkmal im Berliner Thiergarten] und seine Umgebung prangte am 10. d., am Jahrestag der Geburt der hochseligen Königin Luise, in reichem Schmuck. Auch das Denkmal Friedrich Wilhelm III. war reich geschmückt.

[Deutsche Dichter in fremdem Gewande.] Dem letzten Sitzungsbericht der „ethnischen Gesellschaft“ zu Dorpat entnimmt die „Berl. Mont.-Ztg.“ die Mittheilung, daß Schiller's „Wilhelm Tell“ unlängst in Tiflis in armenischer Uebersetzung erschienen ist.

[Erdbeben in Ost-Frankreich.] Man meldet aus Velfort, daß daselbst und ebenso in Thiers, Villom und Zfioire am 4. d. M. Erdbeben verspürt wurden. Die Bewegung ging von Osten nach Westen und dauerte zwei bis drei Secunden. Es ist übrigens kein Schaden zu beklagen.

[Das Feuer im „Magasin au Printemps“.] Ein Privat-Telegramm des „Berl. Tagebl.“ theilt noch folgende Details mit: Wie schon kurz gemeldet, wüthet ein furchtbares Feuer in dem weltbekannten „Magasin au Printemps“. Die „Magasins au Printemps“, der zierlichste der Pariser Colosse dieser Art, ist jetzt ein Trümmerhaufen. Das Feuer brach um 5 Uhr Morgens aus, es befiel in Folge einer Gasentzündung. Bald stand der riesige sechsstöckige Palast in Flammen. Nichts konnte gerettet werden, ausgenommen das Leben von zweieubert Angehörigen, die in den Mansarden schliefen. Man ließ die Halb nackten an Striden und Leitern herab. In diesem Augenblicke brennt noch der Dachstuhl. Das Innere des Palastes ist eine Hölle, in welche die Dampfsprizen unablässig dicke Wasserstrahlen senden. Durch Rauch und Wasserdampf blinken die reichen goldenen Terrassen der Mauern und der hohen Fenster. Drei Pompier und zwei Beamte sind benutzend. Der Schaden wird auf 12 Millionen Francs geschätzt, wovon fünf Millionen durch Versicherung gedeckt sind. Nur das Haus war versichert, die Waare aber nicht, deren Quantität im Saisonbeginn enorm war. Der „Printemps“ machte täglich für hunderttausend Francs Geschäfte. Die Feuerwehr beschränkt sich auf die Localisirung des Feuers. Noch immer stürzen Alafonds ein. Die anstoßenden Boulevards und Straßen sind raucherfüllt und gedrängt voll von Hunderttausenden von Zuschauern. Der Verkehr für Omnibus und Tramway ist unterbrochen. Halb Paris umfließt die Brandstätte. Zeitungsdrahten eilen mit betäubendem Geschrei von Gruppe zu Gruppe. Gepensicht überlagert die dampfende Ruine die unzählbare dunkele Menge. Noch zudem Flammen um die Reste des Dachstuhles und wie Weiterleuchten dringt der Schein des im Innern noch immer wüthenden Feuers aus den Fensterhöhlen. Wie am Morgen schlendern die Dampfsprizen endlose Strahlen in die Gluth. Es wird mindestens noch die ganze Nacht brennen. Der Muth des Eigenthümers ist aber ungebogen. Am ersten November, heißt es, wird das „Magasin au Printemps“ wieder eröffnet. Die Pompier waren heroisch. Der größte Fehler war, daß das Wasser aus einer Entfernung von vierhundert Metern herbeigepumpt werden mußte, so daß die Strahlen nicht hoch genug gingen. Der Brandgeruch war auf 2 Kilometer im Umkreis zu merken. Aghundert Angestellte werden brotlos. Im Printemps wurden nur einige Kassen gerettet. Viel Geld und die ganze Correspondenz ist verbrannt. Der Eigenthümer rettete nicht einmal seine Kleider und seine Taschenuhr. Allgemein wird gelagt, die Löffelherbrungen seien höchst mangelhaft, sonst wäre Vieles gerettet; aber der Pariser Stadtrath treibt hohe Politik, anstatt sich um gemeinnützige communale Angelegenheiten zu kümmern. Die verfohlten Mauern drohen einzustürzen.

[Strauß und Bennett.] Georg Gordon Bennett, der Sohn des Begründers und jetzigen Eigenthümers des „New-York Herald“, dem es in seiner amerikanischen Heimath so langweilig ist und der gewöhnlich in Paris lebt, hat dieser Tage Johann Strauß aus Wien nach Pau, wo Bennett gegenwärtig weilt, berufen. Johann Strauß wird nachhens auf der Reise nach Pau mit seiner Capelle Paris passiren. Herr Bennett hat ihn eingeladen, während eines Monats ausschließlich für seine Freunde in Pau zu spielen. Strauß hat seine Forderung formulirt. Sie lautete auf hunderttausend Francs. Der amerikanische Zeitungsmillionär hatte telegraphisch angenommen, und so wird denn Johann Strauß demnächst in Pau ad annum des Herrn Bennett für hunderttausend Francs Musik machen.

[Die Erben eines Erzbischofs.] Die Zeitungen meldeten vor einiger Zeit, daß ein in America verstorbener Erzbischof jüdischer Abstammung seine in Polen lebenden jüdischen Verwandten zu Erben eingesetzt hat. Ein clericales Blatt setzte dieser Mittheilung ein Dementi entgegen; jetzt berichtet aber der „Marmaros“, daß sich der Schwiegerjohn des Rabbiners von Nagybanya, als Neffe des Erblässers, mit seinen Ansprüchen gemeldet und bereits zum amerikanischen Consul nach Wien wegen Behebung der Erbschaft berufen worden sei.

[Selbstmord während des Balles.] In Paris-Gize fand am 26sten Februar ein Ball statt. Zu dieser Gelegenheit war auch die Tochter des Wirtbes, ein achtzehnjähriges Mädchen, welches in Geseled bedienstet war, angelangt. Das Mädchen tanzte bis Mitternacht in bester Laune, dann ging es in den Hof hinab, ließ sich von dem Kaiser eine Pferdebalster aus, ging auf den Boden und erbeugte sich. In einem an ihren Vater zurückgelassenen Schreiben sagt sie: „Weil meine Geschwister auch nur achtzehn Jahre alt geworden sind, will ich auch nicht länger leben.“ Zwei Brüder des Mädchens waren nämlich auf dieselbe Weise Selbstmörder geworden.

Lobe-Theater.

Freitag, d. 11. März. Vorletztes Gastspiel des Herrn Friedrich Haase. „Der alte Magister.“ Schauspiel in 4 Acten von R. Bredow. (Magister Reislund, Herr Friedrich Haase.) Auf Begehren: „Der zerbrochene Krug.“ Lustspiel in 1 Act nach Heinrich v. Kleist von F. L. Schmidt. (Adam, Hr. Friedr. Haase.)

Ein junges Mädchen, welches drei Jahre die Gewerbeschule besuchte, mit dem Zeugnis der Reife entlassen wurde, also in doppelter u. einfacher Buchführung, im Rechnen u. der deutschen Correspondenz bewandert ist, sucht zum 1. April Stellung als [2762]

Kassirerin od. Verkäuferin.
 Gefl. Offerten sind an N. 6 postlagernd Deuthen D.S. zu richten.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Gratz, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.